Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 231. Montag, den 3. Oktober 1921. 28. Jahrgang.

Die USP. zur Koalition.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen und die unabhängige Reichstagsfraktion beantworteten die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betreffend Eintritt in eine Koalitionsregierung, wie folgt:

Berlin, 1. Oktober 1921.

An den Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschland.
Werte Genossen!

Auf Ihren Brief vom 1. Oktober erwidern wir Ihnen das folgende:

Die USPD. hat bisher die seit Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung Wirth in der loyalen Erfüllung des Ultimatums und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist.

Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Besitzes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeitern, sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schulter an Schulter stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse fordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat.

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Besitzes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.

2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Uebertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche und direkte und geheime Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl; gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten im öffentlichen Dienst, Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden.

3. Fortführung der Sozialpolitik.

4. Sozialisierung des Bergbaues.

5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Wenn die SPD. an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die USP. bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage unsererseits fragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der USP. eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb ersuchen wir die Leitung der SPD. zunächst darüber Klarheit zu schaffen und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist sinngemäß die gleiche.

Mit sozialistischem Gruß
Zentralleitung und Reichstagsfraktion
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
J. A.: A. Crispien.

Bis in die späten Abendstunden des Sonntags war unserem Parteivorstand diese Antwort nicht schriftlich zugegangen, so daß es ihm also unmöglich war, schon Stellung hierzu zu nehmen. Wie wir erfahren, werden die Vertreter der Sozialdemokratie in der am Montag vormittag in der Reichskanzlei stattfindenden interfraktionellen Besprechung die Antwort der Unabhängigen zur Beratung stellen und die Demokraten wie das Zentrum ersuchen, in aller Kürze Mitteilung zu machen, ob sie bereit sind, mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierung zu bilden. Sollten die genannten bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung mit Einschluß der USP. ablehnen, wie es die demokratische Presse und die Blätter des Zentrums bisher getan haben, **so ist die Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts für uns zugleich entschieden.**

Der Inhalt der unabhängigen Antwort selbst beweist, daß die USP. inzwischen umgelernt hat und vorläufig nicht daran denkt, noch weiterhin die Koalition mit bürgerlichen Parteien abzulehnen. Auffallend ist, daß das Zentralkomitee und die unabhängige Reichstagsfraktion in ihrem Schreiben lediglich von „allen Koalitionsparteien“ sprechen und weder auf das Zentrum noch auf die Demokraten oder gar die Volkspartei besonders Bezug nehmen. Nachdem auch die grundsätzliche Ablehnung einer Koalition mit der Volkspartei vorsichtig vermieden ist, bleibt anzunehmen, daß die klugen Politiker innerhalb der USP., die weiter denken wie von heute auf morgen, in ihrer Partei die Mehrheit bilden. Wir dürfen schon heute betonen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, das Programm der USP., wie es oben durch die Mindestforderungen zum Ausdruck kommt, in ein künftiges Regierungsprogramm restlos einzuflechten und daß sie alles tun wird, um die große Linkskoalition zu verwirklichen.

Um falschen Behauptungen in der bürgerlichen wie der kommunistischen Presse jeden Grund zu nehmen, weisen wir in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich darauf hin, daß der sozialdemokratische Parteivorstand schon nach der Annahme des Görlitzer Beschlusses der Ansicht war, daß zunächst an die Unabhängigen und nicht an die Volkspartei zwecks Erweiterung der Regierung herangetreten werden muß. In Durchführung dieser Absicht hat die Sozialdemokratie bereits am vergangenen Mittwoch anläßlich einer interfraktionellen Sitzung in der Reichskanzlei dem Reichskanzler und den bürgerlichen Parteien gegenüber keinen Hehl daraus gemacht, daß sie in aller Kürze die Unabhängigen bitten wird, sich zu einer Erweiterung der Regierung nach links zu äußern. Durch den Beschluß der Reichstagsfraktion vom Sonnabend ist der gehegte und angekündigte Schritt zur Wirklichkeit geworden.

Deutscher Reichstag.

P. **Berlin**, 1. Oktober.

Die Sonnabend-Sitzung des Reichstages verlief im Vergleich zu der Freitag-Sitzung weniger stürmisch. Nur wenigen Rednern, wie dem neuen Fraktionsvorsitzenden des Zentrums Dr. Marx, der die Diskussion eröffnete, gelang es, sich durchzusetzen. Der Redner betonte unter Anführung neuer Beweise nochmals, was Wirth und Scheidemann vor aller Oeffentlichkeit über die Mordhetze und deren Träger tags zuvor festgestellt hatten. Unter starkem Beifall stellte der Zentrumsmann fest, daß **zwischen Deutschnationalen und Kommunisten kein Unterschied sei;** denn die einen wie die anderen betrachteten als kommendes Ziel, die Verfassung mit Gewalt zu stürzen. Die Deutsche Volkspartei schickte den ungewandten und zugleich unbekannten Abgeordneten Thiel, Agitator des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, vor, und brachte so ihre innere Zerfahrenheit am besten zum Ausdruck. Mit Zeitungsausschnitten bewaffnet suchte Herr Thiel den sozialistischen Parteien Gewaltmaßnahmen nachzuweisen. Kaum 10 Abgeordnete der Volkspartei schenkten ihrem Gesinnungsfreunde Gehör. Sowohl der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer wie Vertreter einzelner Länder sahen sich durch die Behauptungen des volksparteilichen Redners zu Richtigstellungen veranlaßt. Gradnauer rechnete mit den Deutsch-Monarchisten auf der Rechten gründlich ab. Auch die mannigfachen Unterbrechungen, die seine Rede durch das Gejohle der Rechten erfuhr, konnte ihn nicht abhalten, die Wahrheit festzustellen und den **Deutsch-Monarchisten die Urschuld an den Zuständen der letzten Wochen an Hand von Beweisen zuzuschieben.** Freiherr v. Brandenstein, der thüringische Innenminister, und Sepp Oerter-Braunschweig unterstützten den Reichsminister durch lebhafte und treffende Ausführungen.

Zum erstenmal sprachen im Reichstag dann je ein Vertreter der beiden kommunistischen Fraktionen. Für die kommunistische Zentrale und deren Anhang predigte Clara Zetkin die Einheitsfront der Arbeiterschaft und legte zugleich ein Bekenntnis zur Republik ab. Auch Levi, der für die neue Fraktion sprach, gelobte, den Kampf zum Schutze der Republik mitführen zu helfen. Die Deutschnationalen schickten noch den Abgeordneten Westarp vor. Aber auch diese Rechtfertigung gelang nicht im geringsten. Scheidemann und Stampfer sahen sich veranlaßt, persönliche Angriffe des Talmigrafen niedriger zu hängen und im Verein hiermit nochmals die Deutsch-Monarchisten zu charakterisieren. „Wenn ich wirklich so blutrünstig wäre,“ — rief Genosse Scheidemann den Westarp-Leuten zu — „wie Sie mich geschildert haben, dann hätte ich Sie (Graf Westarp) seinerzeit ja in Berlin an einen Laternenpfahl binden lassen können, wenn Sie nicht ausgekniffen wären.“

Hierauf wurde sämtliche vorliegenden Anträge über Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutsch-Monarchisten dem Rechtsausschuß überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag, der zunächst **10 Millionen Mark für die Opfer des Oppauer Unglücks** bereitstellen will.

Zum Schluß erhält der Präsident die Ermächtigung, den Tag der nächsten Sitzung nach dem Stand der Steuervorlagen und den Arbeiten der Steuerkommission sowie der sozialpolitischen Kommissionen festzusetzen. Nach dem 3. November soll die nächste Sitzung jedoch nicht stattfinden.

---

137. Sitzung vom Sonnabend, 1. Oktober, vorm. 10 Uhr.

Prädent Löbe teilt mit, daß der Untersuchungsausschuß für Oppau aus 8 Mitgliedern bestehen soll. Jede Fraktion stellt einen Vertreter.

Die Interpellation Hergt (DNP.) über den Stand der deutschen Valuta soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Fortsetzung der politischen Debatte.

Mit der allgemeinen Aussprache wird noch ein von den Kommunisten eingebrachtes Mietegesetz verbunden.

Marx (Z.): Wir sollten uns doch zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um unserm Volke zu helfen. Wenn jemand am Ertrinken ist, sieht er sich nach der Rettungsplanke um. Diese Rettungsplanke ist die Verfassung, die Grundlage unseres Staatswesens. In Weimar haben wir nach mühsamer Arbeit die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen. An ihr müssen wir festhalten, wenn wir Ruhe und Ordnung im Land haben wollen.

Wir lehnen zurzeit jede Aenderung der Verfassung als bedenklich und unzweckmäßig ab.

Das Zentrum sucht in der Regierung einen Ausgleich zwischen den Ständen. Darum hat es unter großen Opfern das Kreuz der Regierung stets wieder auf sich genommen. Das ist nationale Tat. Wohl kann aber der Augenblick kommen, wo unsere Geduld auch zu Ende ist, wenn unsere Männer in der Regierung immer wieder als Verräter hingestellt werden. Angesichts des Grimmes unserer Gegner sollten wir uns die Hand reichen. Das Opfer ist schwer, der Lohn aber groß: Das Wohl des Vaterlandes! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister des Innern Dr. Gradnauer: Die Vorgänge, die der Redner erwähnt hat, gehören zumeist vor das Forum der einzelnen Landtage. Ich habe das Material von den einzelnen Landesregierungen eingefordert. Sobald es vorliegt, werde ich es dem hohen Hause unterbreiten. Der Vorredner hat zweifellos recht darin, daß sich in den letzten Wochen eine Fülle von Vorgängen ereignet hat, die für jeden, mag er rechts oder links stehen, schwer bedrückend sind. Aber wir wollen uns doch darüber klar sein, daß alle diese Vorgänge doch zurückzuführen sind auf die unglückselige Tat von Griesbach. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Nach dem Kapp-Putsch kam eine Linksbewegung, die weit über die Abwehr hinausging. Das ist immer nach solchen Ereignissen der Fall. Die Vorgänge der letzten Wochen sind nur auf diese Tat zurückzuführen. (Zuruf rechts: „Nein, auf die Verordnung!“) Nein, das ist vollkommen falsch. Nur auf die Gewalttat von Griesbach sind diese Vorgänge zurückzuführen. (Lebhafte Zustimmung links, große Unruhe rechts.) Ich kann nicht zugeben, daß diese Verordnung den Anschein erwecken könnte, als ob sie sich nur gegen alle die Parteien richtete, die nicht zu den Regierungsparteien gehören. Das ist nicht die Absicht der Regierung und kann auch nicht aus der Verordnung herausgelesen werden. Ich habe im Reichstag nachher sofort erklärt, daß sich die Verordnung nicht gegen die Parteien richtete, sondern gegen Elemente, die den öffentlichen Frieden gefährden. Ich haben auch versprochen, daß nur in diesem Sinne vorgegangen werden sollte. Von diesem Grundsatz habe ich mich bei der undankbaren Aufgabe leiten lassen, die Verordnung durchführen. Glauben Sie denn, daß es einem Manne, der jahrzentelang im Zeitungsleben gestanden hat, Vergnügen macht, Gazetten zu schikanieren? Die Schuld daran tragen diejenigen, die solche Dinge veröffentlichen. (Große Unruhe rechts, erregte Zwischenrufe des Abgeordneten Helfferich.) Der Abgeordnete Thiel hat kommunistische Aufforderungen zur Gewalt angeführt. Die Ausführungen der kommunistischen Jugendzeitschrift kannte ich nicht, sie wären aber sicher unter die Verordnung gefallen. Die Verordnung ist sicherlich durch die rechtsbolschewistischen Treibereien veranlaßt worden, aber nachdem sie da war, mußte ich sie nach allen Seiten anwenden. Ich habe eine große Anzahl kommunistischer Blätter verbieten müssen. Daraufhin haben mir Kommunisten, die mich aufsuchten, erklärt, daß die Presse sich allerdings nicht zu öffentlichen Beschimpfungen hinreißen lassen dürfe. Daraufhin habe ich mich zu einer Milderung herbeigelassen. (Lachen rechts.) Ich würde mich nur freuen, wenn in der Presse der Rechtsparteien wie der Linksparteien ein sachlicher Ton platzgreifen würde. Ich habe mich bemüht, nach Möglichkeit eine ungerechte Handhabe der Verordnung zu verhindern und einzelne Verbote zu mildern. In den Richtlinien wurde erklärt, daß die sachliche Kritik nicht unterbunden werden soll, sondern daß nur grobe Ausschreitungen vermieden werden müßten. Bei leichteren Verstößen sollte man sich auf Verwarnungen beschränken. Bei Versammlungen sollte durch Vereinbarungen möglichst das Verbot vermieden werden. In vielen Fällen hat diese Methode auch Erfolg gehabt. Ich richte auch an die Arbeiterschaft das lebhafte Ersuchen, alles dazu beizutragen, um unbesonnene Elemente von Ausschreitungen abzuhalten. Mit Selbsthilfe terroristischer Art darf von keiner Seite gearbeitet werden. Es ist die Pflicht der Behörden, solche Aktionen zu verhindern und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sonst kommen wir zum Kampf aller gegen alle. Eine gewisse Entspannung ist tatsächlich im öffentlichen Leben bereits eingetreten. Ohne diese Verordnung hätten wir viel Schlimmeres erlebt. Die allseitige Rückkehr zur Sachlichkeit wäre das beste Ergebnis. (Zuruf rechts: Scheidemann.) Mit allen Zurufen wälzen Sie Ihre Schuld nicht ab. Den Luxus einer überhitzten, leidenschaftlichen und bis zu Gewalttätigkeiten gehenden Kampfesweise können wir uns nicht leisten. Unser Volk muß sein Schicksal mit Würde tragen. Ich will im Sinne eines gesunden, vernünftigen Ausgleiches wirken. Sorgen wir dafür, daß wir zu besseren Zeiten kommen.

Koch (DDP.): Mit der Unterscheidung zwischen national und antinational sollte es ein Ende haben. Eine andere Unterscheidung ist aber heute nötig, nämlich die zwischen nationa' lu

nationalistisch. Wir halten es für nationalistisch, wenn man versucht, nationale Töne auch dann von sich zu geben, wenn sie dem Vaterland schaden. Auch nach unserer Meinung kann diese Verordnung nicht auf die Dauer bestehen, denn der moderne demokratische Staat kann nicht ewig mit den Mitteln des Polizeistaates regieren. Die ordentlichen Gesetze müssen genügen, auch um Gewalttätigkeiten zu vermeiden. Wir wollen die Erfüllung, wir wollen eine Einigung der Mitte und ich wünsche, daß aus dem Kabinett der Erfüllung bald ein Kabinett der Versöhnung werden möge.

Frau Zetkin (Komm.): Zwischen uns und dem übrigen Hause klafft ein tiefer Gegensatz. Einig sin dwir uns nur in der **Forderung des Schutzes der Republik,** di das Wrk des Proletariats ist. Die Verordnung des Reichspräsidenten jedoch ist kein Schutz für die Republik, sondern ein bayrischer Ausnahmezustandsersatz. Beschwerden sollen vom Reichsratsausschuß entschieden werden; das heißt, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen.

Levi (Komm.): Die Geister, die Sie riefen, die werden Sie nun nicht wieder los. (Nach rechts:) Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, aber wir verteidigen auch die gegenwärtige Republik. Eine wirksame Verteidigung ist nur möglich, wenn von Fall zu Fall in den konkreten Fällen eine **Einheitsfront des Proletariats** gebildet wird.

Dr. Rosenfeldt (USP.): Der Fähnrich v. Hirschfeld ist erst nach einer Anfrage der Deutschnationalen Partei als Sommerfrischler in Kalmbach aufgenommen worden. Der deutschnationale Parteisekretär hat zugegeben, sich mit Jugendlichen mit dem Morde an Erzberger einverstanden erklärt zu haben. Die deutschnationale Partei, die sich im November 1918 nicht ans Licht wagte, ist schon wieder sehr groß geworden. (Zuruf des Abg. Dr. Helfferich: „Wer ist denn die Kanaille?" — Abg. Kuhnt [USP.] Das sind Sie!" — Abg. Hennings [DNP.]: Dummer Lümmel!" — Große Unruhe. — Die Abgg. Kuhnt und Hennings erhalten Ordnungsrufe.) Ein zweitesmal wird die Arbeiterschaft Sie (nach rechts) nicht so schonen, wie nach dem Kapp-Putsch. Wir fordern die Säuberung der Verwaltung und Justiz, Wahl der Richter durch das Volk. Die Schulen und Universitäten müssen im republikanischen Geiste wirken. Jede monarchistische Betätigung im Dienste muß mit Entlassung bestraft werden. Das Eigentum der ehemaligen Landesherren, besonders der Hohenzollern, ist ohne Entschädigung zu enteignen. Auch die Deutsche Volkspartei gehört zur Reaktion, auch gegen sie muß die Einheitsfront der Arbeiterschaft erhalten bleiben. Der Kampf gegen die Monarchisten muß weitergeführt werden, auch über das bayrische Kompromiß hinaus. Die Arbeiterschaft ist gerüstet.

Graf Westarp (DNP.): Der Reichskanzler hat leider die Ehrenerklärung für unsere Partei, auf die wir Anspruch haben, nicht gegeben. (Ohorufe. — Zuruf: Frechheit! — Großer Lärm.) Der Abgeordnete Scheidemann hat sich erlaubt, auszusprechen, daß uns die Schuld an dem Morde an Erzberger trifft. (Sehr richtig! links.) Diese Behauptung ist und bleibt eine bewußte, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit. Mit gleicher Entrüstung weisen wir die ungeheuerliche Hetze gegen Dr. Helfferich zurück. Dei Verordnung des Reichspräsidenten, auch in der Form der Novelle, aufrechtzuerhalten, ist kein Grund vorhanden.

Damit schließt die Aussprache. Die Abgg. Hoffmann und Kaiser (Soz.) werden wegen beleidigender Zurufe zur Ordnung gerufen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Scheidemann (Soz.): Graf Westarp fühlt sich beschwert, daß ich den Deutschnationalen eine Schuld an dem Mord an Erzberger zuschob. Ich sagte in meiner Rede, Sie (nach rechts) haben die stickige Atmosphäre geschaffen, die zu dem Mord führte. Wenn Sie das leugnen wollen, dann führen Sie den Beweis, daß die von mir zitierten Preßäußerungen nicht gefallen sind, daß nach dem Mord in deutschnationalen Kreisen nicht gejubelt und der tote Mann beschimpft worden ist! Wenn Sie das bewiesen haben, dann erst haben Sie das Recht, mir Unwahrheit vorzuwerfen.

Darauf werden alle Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und ein Gesetz zum Schutze der Republik fordern, an den Rechtsausschuß überwiesen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen und die Kommunisten, die sofortige Entscheidung verlangen.

Die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen die Abgg. Reich (Komm.) ud Schimmelpfennig (DNP.) wird versagt

Der Antrag auf Aufhebung der Strafhaft des Abg. Thomas wird mit schwacher Mehrheit gegen die Rechte und das Zentrum angenommen.

Bei Beratung des unabhängigen Antrages auf Erhöhung der Renten der Sozialversicherung teilt Reichsarbeitsminister Brauns mit, daß eine entsprechende Vorlage in kürzester Frist an den Reichstag gelangen soll.

Für die Opfer von Oppau ist vollständig gesorgt. Die notwendigen Mittel sind vorhanden. Der Antrag, weitere 10 Millionen für Oppau zu bewilligen, wird genehmigt.

Die Beratung des Antrages auf Erhöhung der Renten wird zurückgestellt.

Das Gesetz über die Börsenumsatzsteuer wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung nach dem Stande der Steuerberatung einzuberufen mit der Maßgabe, daß diese nicht nach dem 30. November erfolgen darf.

Schluß gegen 7 Uhr.

„Königreich" Burgenland.

Wien, 30. September.

Die Blätter melden aus Budapest: Am Mittwoch wurde die Ausrufung des selbständigen westungarischen Staates vollzogen. Der unter Führung von Stefan Friedrichs stehende Landesverteidigungsrat hat eine Proklamation erlassen, in der es heißt:

Infolge des uns von der Entente aufgezwungenen Friedens war die ungarische Regierung genötigt, auf die Ausübung ihrer Hoheitsrechte über Westungarn zu verzichten. Nun hat der Landesverteidigungsrat das Imperium über Westungarn übernommen und wird das Land bei selbständiger Regierung verwalten. Die alten Beamten bleiben auf ihren Posten und werden ihre Arbeit fortsetzen. Für Gott, König und Vaterland! Tue jeder seine Pflicht!

Stefan Friedrich hielt gestern in der Liga christlicher Frauen in Budapest eine Rede, in der er sagte, der Landesverteidigungsausschuß hat in Westungarn das Imperium übernommen und damit den weiteren Verhandlungen ein Ende bereitet und stehe auf dem Standpunkt, daß jedermann, der von nun an seinen Fuß nach Westungarn hineinsetzt, niedergeschossen werden wird. Ueber die westungarische Bevölkerung kann von nun an nicht mehr verhandelt werden.

Ein radikaler österreichischer Finanzplan.

Wien, 1. Oktober.

In den allernächsten Tagen wird ein neues radikales Finanzprogramm aufgestellt werden, welches u. a. folgende Punkte enthält: 1. Eine sofort durchzuführende Zwangsanleihe im Wege der Notenabstempelung. 2. Eine ausgiebige Erfassung der Goldwerte nach deutschem Muster. 3. Eine Verschärfung der Vermögensabgabe und 4. Schaffung von einschneidenden Grund- und Besitzsteuern. Bezüglich der Notenabstempelung wird erklärt, daß dadurch eine starke Verminderung des Banknotenumlaufs erreicht wird, der heute wöchentlich um 2 bis 3 Milliarden zunimmt, andererseits soll der gehamsterte Notenbesitz, der sich insbesondere auf dem Lande befindet, erfaßt werden und dadurch eine Kontrolle für die Steuerdeklarationen und für die Vermögensabgabe gewonnen werden. Eine Verminderung des gegenwärtigen Notenumlaufes wird auch als eine unbedingt notwendige Voraussetzung für den Neuaufbau des österreichischen Noteninstitutes bezeichnet, um zwischen dem künftigen Notenumlauf und der Golddeckung der neuen Bank ein entsprechendes Verhältnis herstellen zu können. Die Grundgedanken des neuen radikalen Finanzplanes decken sich im allgemeinen mit denen des Finanzplanes des sozialistischen Führers Dr. Bauer nur daß der sozialistische Finanzplan auch eine Zwangsablösung des Besitzes an ausländischen Devisen ins Auge faßt.

Oesterreichs Ausverkauf

Innsbruck, 1. Oktober.

Ein hiesiges Großkaufhaus mußte gestern vorübergehend schließen, um von den Ausländern, insbesondere den Italienern, nicht ausverkauft zu werden. Die meisten Geschäfte geben Waren nur mehr in beschränkter Stückzahl ab, wie denn überhaupt eine ungeheure Angst vor der kommenden Abstempelung herrscht.

Friede mit Amerika.

TU. Washington, 2. Oktober. Der amerikanische Senat hat einstimmig beschlossen, daß die Abstimmung über die Ratifikation der Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn am 14. Oktober stattfinden soll.

TU. Paris, 3. Oktober. Man nimmt allgemein an, daß die Opposition nicht imstande sein wird, die notwendigen 33 Stimmen aufzubringen, um die Ablehnung der Friedensverträge herbeizuführen. Nach den weitgehendsten Schätzungen werden höchstens 25 Stimmen gegen die Ratifikation der Friedensverträge abgegeben werden.

Die Maßnahmen der neuen Kontrollkommission.

TU. Paris, 3. Oktober. Wie mitgeteilt wird, hat die neue Kontrollkommission vorübergehend Maßnahmen getroffen, um die deutsche Ein- und Ausfuhr zu überwachen. Sie hat insbesondere Maßnahmen für die Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen getroffen. —

Zentrum für breite Mitte.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat einstimmig einen Beschluß gefaßt, der in seinem Kern besagt:

Die Zentrumsfraktion billigt die Politik des Reichskanzlers und spricht ihm erneut ihr Vertrauen aus. Sie ist entschlossen, die Reichsverfassung und die durch sie festgelegte Staatsform gegen Bedrohungen, von welcher Seite sie kommen mögen, nachdrücklich zu schützen.

In der Ueberzeugung daß nur ehrlicher Erfüllungswille unser Vaterland vor dem schlimmsten Unheil retten kann, unterstützt sie die Reichsregierung in ihrem Bestreben, die durch den Versailler Gewaltfrieden und das Ultimatum dem deutschen Volke aufgezwungenen Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Als unerläßliche Voraussetzung der Gesundung unserer inner- und außenpolitischen Verhältnisse betrachtet sie eine starke und zielbewußte Politik der Mitte auf breitester Grundlage.

Die Zentrums-Parlaments-Korespondenz teilt dazu weiter mit, daß auch der Reichskanzler Dr. Wirth, ebenso wie Stegerwald, eine solche „Politik der Mitte" anstrebe.

Der Bankrott der KPD.

Der ehemalige Führer der KPD., Dr. Paul Levi, bestätigt in seiner Zeitschrift „Unser Weg" dem deutschen Kommunismus seinen Bankerott, indem er zu einem Artikel in der „Roten Fahne", der die Entwicklung in der Metallarbeiterbewegung als eine „Klärung" bezeichnet, bitter bemerkt:

Ja, eine verteufelte Klärung! Wo die, die unsere besten Freunde waren, die unsere Hoffnung und unsere Kommenden waren, zurückgegangen sind dahin, von wo sie kamen: Wir denken, das ist Klärung! Das ist Klarheit, daß der Märzkommunismus, der — wir können das je heute offen sagen — Bakunismus und Belakunismus Bankrott gemacht haben: sich und die KPD. Das ist klar geworden!

Allerdings!

Demonstrationszug der Berliner Kriegsbeschädigten.

TU. Berlin, 3. Oktober. Gestern vormittag bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationszug Kriegsbeschädigter durch die Straßen Berlins. An der Spitze des Zuges wurden in Rollstühlen zahlreiche Schwerkriegsbeschädigte gefahren. Eine große Anzahl roter Fahnen und Plakate mit Inschriften wie „Wir bitten nicht, wir fordern!", „Nieder mit dem Krieg!", „Für 100 000 Mann Reichswehr 5 Milliarden, für 1 Million Kriegsbeschädigter 3½ Milliarden" wurden im Zuge mitgeführt. Ordner mit roten Armbinden begleiteten den Zug. Der Vorbeimarsch dauerte eine halbe Stunde.

Scheitern der Einigungsverhandlungen in Höchst.

TU. Höchst am Main, 3. Oktober. Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit in dem Betrieb der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, der Farbenfabrik Höchst und der Vereinigten Kunstseidefabriken in Kolsterbach wurde zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und den Vertretern der Gewerkschaften Vereinbarung getroffen, nach denen der Reichstarif der chemischen Industrie anerkannt wird, die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen nach Bedarf und nach freiem Ermessen der Werkleitungen erfolgen soll und jede Entschädigung für nicht geleistete Arbeit abgelehnt wird. Die Abstimmung der Belegschaften in Griesheim-Elektron fand gestern nachmittag statt und ergab, daß 236 Stimmen dafür aber 1292 Stimmen dagegen waren. 27 Stimmen waren ungültig. Allerdings haben nur 50 Prozent der früheren Belegschaften an der Abstimmung teilgenommen. Die Belegschaften in Höchst und Kolsterbach werden über die Vereinbarungen morgen oder übermorgen abstimmen.

Kleine politische Nachrichten.

Milchstreik in Düsseldorf. Da die Stadt Düsseldorf die Milchversorgung übernommen hat, ist es mit den Milchgroßhändlern zu Zwistigkeiten gekommen. Diese sind in den Streik getreten und haben die Versorgung der Stadt mit Milch eingestellt. Die Stadt versucht, mit Hilfe der Konsumgenossenschaften die Milchbelieferung weiter sicherzustellen.

Im Reichsgerichtsprozeß gegen die Köthener Kommunisten beantragte der Reichsanwalt für die Angeklagten Festungsstrafen in Höhe von einem Jahre sechs Monaten bis zu sechs Jahren. Mit sechs Jahren Festung sollen die Angeklagten Lehrer Berg und der Arbeiter Boas bedacht werden. Gegen vier Angeklagte erfolgten keine Anträge. Gegen Rönicke und Kohl beantragte der Reichsanwalt fünf bezw. zwei Jahre Gefängnis. Die Verkündung des Urteils erfolgt voraussichtlich am Dienstag.

Neue Zeitungsverbote. Das „Frankenthaler Tageblatt" und die „Grünstädter Neuesten Nachrichten" sind erneut auf drei Tage verboten worden.

Dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft soll der Botschafterposten in Washington angeboten worden sein, falls er bei einer Regierungsumbildung weichen müßte.

Ungarn will das Entente-Ultimatum annehmen. So erklärte der ungarische Gesandte in Wien dem Bundeskanzler.

Rückgang der Arbeitslosenziffer in England. Nach Mitteilung der Arbeitsnachweise war die Zahl der Arbeitslosen am 16. September 1 456 700, am 23. September betrug die Zahl 1 445 400. Die Zahl der mit verkürzter Zeit Arbeitenden ist wiederum um 15 000 gesunken.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich. Die Fabrikanten der Textilindustrie haben beschlossen, ihre Fabriken heute Montag wieder zu öffnen. In einem Aufruf an die Arbeiter erklären sie, daß die Fabriken erneut auf unbestimmte Zeit geschlossen würden, wenn die Wiederaufnahme der Arbeit nicht genügend sein würde.

Der See.

Von Adolf Koelsch.

Zuerst war der See nur ein Gelenchte, rein augenhaft. Er war etwas Gleißendes, das in Dunkelheiten gebettet war: zwischen ragende Bäume und tragende Felder und einen Kranz von Gebirgen, der schattenhaft in der Ferne verschwamm. Farben liefen über ihn hin wie über eine helle Wand die Bilder einer Zauberlaterne, ein blasses, seidiges Grau, wie es vom Flügel der Möwe tropft, ein helles, wärmendes Rosa, ein hauchfeines seidiges Blau, ein kaum merkliches Gelb, wie es blüht auf den Blättern sehr edler Rosen. Ein Mann kam hinter Buschwerk heraus, nackt und groß, sah in das Gelenchte, griff nach einem Kiesel und schritt langsam zum Wasser. Eine Frau, jung und morgenfrisch, erschien auf einer Insel von Schilf, zerteilte vorsichtig die Halme, sah sich spähend wie ein Tierchen des Rohrgürtels um, zog den Bademantel herunter und schritt auf hohen Schenkeln dorthin, wo der Sand am feinsten und heißesten war. Hier legte sie sich träge und erblüht in die Sonne.

Stunden verrannen, ein Morgen, ein Mittag verrann. Vieles veränderte sich, nur das Gelenchte wollte nicht weichen.

Da begann der See sich zu regen und aus seinen Tiefen zu sprechen. Er warf Bilder hin an den Strand wie ein Dichter, der singt; das waren die Wellen. Die Wellen zerbrachen: da wurde der Sinn ihrer Gleichnisse laut.

Die Menschen horchten.

Die Stille des Sees war gewesen, wie ein Rauschen des Bluts, das man nicht hört, wenn es den Körper durchströmt, und wie ein Wandern von Säften in Halmen. Es nährt etwas, aber man vermag nicht zu nennen, weil es seine Bedeutung noch nicht gefunden hat. „Es ist etwas", aber wir kennen es nicht, weil es nicht einmal fühlbar ist den, der es hat. Es ist vielleicht eine Spannung und ganz gewiß eine Gebärde des Lebens, doch ohne Weise, Belebung und Form.

Da steigt etwas auf, und das Gelenchte ist hin: es verwandelt sich in ein Tönen von Wellen, die hämmernd gegen die Ufer ziehen, und in eine Brandung von Schreien, die von der Verschiedenheit im Innern erzählen.

Wie viele Wellen sind im See? — Aber es hat ja auch die Sterne am Himmel niemand gezählt und beständig werden neue geboren. . . . So rollen draußen die Wellen herauf, eine hinter und neben der anderen. Alle laufen sie gegen den Strand und zerrinnen. Sie springen jauchzend heran und fallen murrend zurück, sie kommen wieder und nun sind sie plötzlich zerschlagen. Was suchen sie im Ort des Ziels, dem sie entgegeneilen? — Ich sehe, daß manche nichts findet, gar nichts, als den Schlamm der voraufgegangenen, welche schon nicht mehr ist. Eine andere findet ein Muschelchen, und nun spielt sie damit, sie wirft es hinaus und zieht es zurück und dann kommt die nächste und spielt mit der Muschel.

Manchmal aber auch kommt ein Kind und spielt mit der Welle. Es springt ihr entgegen und jauchzt, es bückt sich und fühlt sein Geliebtwerden in allen Fibern, wenn es von der Welle zugedeckt wird. Manchmal ist das Kind auch ein Mann oder ist eine Frau, die der Welle entgegenläuft und sich niederduckt, um sie mit ihren Armen zu fassen. Da springt die Welle auf ihre Brust, regnet auf ihre Schenkel, sie schreit: „Noch mehr! . . . Daher! . . . Alle daher . . . mir, mir . . .!", ist plötzlich ganz rasend und ebenso plötzlich erschöpft, ihr Blick wird zu Glas, sie fällt hin und wird weinend ans Ufer geworfen. „Oh je," jammert sie, „oh, nicht das, nein, nicht das . . ." Hat sie weiße Schwäne gesehen? Hat sie Stiere gesehen oder die furchtbaren Augen Polkrus im Gesicht? — Ach, sie hat nur Stimmen in sich gehört, die sie nicht kannte, ein zügelloses, wildes Getön. Wie die Wellen aus dem See, kamen die Stimmen aus dem Unbewußten und Zugedeckten herauf, aus dem unterweltlichen, unermeßlichen Tiefenreich, alle Lust floß in die Brust, an welcher etwas hinaufsprang mit riesigen Sätzen, um sie ganz zu bedecken. Jetzt ist die Frau noch ein wenig verwirrt, sie lächelt zwar wieder, aber sie denkt und denkt und sitzt ganz verloren; und wie die gewesene Stille da draußen hat nun auch die Stille in ihr, die langsam einzieht, einen anderen Namen.

Wie viele Wellen sind im See? Wie viele Bilder schlafen vorgründlich und schattenhaft in seiner Tiefe? — Ach der See ist wie der Mensch, der seine Seele nicht kennt. Wünsche steigen herauf und sind da; Triebe erstehen und entladen sich. Aus Gelenchte wird zerwühlte Musik und aus Musik wird Klage und nur die Frage: „Wer bin ich? Was bin ich?" bleibt über allen Wirbeln bestehen.

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der deutschen Republik.

In der heutigen Reichstagssitzung wird Reichskanzler Dr. Wirth die Stellung der Regierung gegenüber den von der deutschmonarchistischen Partei gestellten Anträgen auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August vertreten. Zuvor wird von ihm noch eine Erklärung über Oberschlesien erwartet. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist am 28. September erneut in Kraft gesetzt worden in etwas geändertem Wortlaut, wie er nach den neuesten Vereinbarungen mit Bayern festgesetzt worden ist Sie lautet nunmehr in ihren wichtigsten Bestimmungen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. **Periodische Druckschriften,** deren Inhalt zur **gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung** oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu **Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens,** zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder rechtsgültigen Verordnungen, oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können für die Dauer **bis zu 14 Tagen verboten** werden. Gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Einrichtungen des Staates in einer, den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen. Das Verbot kann bis auf die Dauer von **drei Monaten** ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot nochmals gegen die Bestimmungen des Absatz 1 verstößt. **Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet** und umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

§ 3. **Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen** können außer den Fällen des Art. 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erörterungen stattfinden, die zur gewaltsamen **Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung** oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu **Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens,** zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen, oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

§ 4. **Zuständig sind die Landeszentralbehörden** oder die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des im § 7 vorgesehenen Ausschusses an. Entscheidet sich der Ausschuß für das Verbot oder die Beschlagnahme, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.

§ 7. Gegen ein Verbot nach §§ 1 und 3 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen; diese kann ihr, außer im Falle des § 4 Absatz 2 abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem vom Reichsrat bestellten Ausschuß zur Entscheidung vorzulegen.

*

Zu fordern bleibt selbstverständlich, daß auch die neue Verordnung des Reichspräsidenten baldigst durch ein Gesetz ersetzt wird, schon um die Rechtsgültigkeit gegen alle Anfechtungen sicherzustellen. Wie die Unabhängigen, so wird auch die sozialdemokratische Fraktion einen Gesetzentwurf zum Schutze der Republik einbringen, der aber schärfere und weiter greifende Bestimmungen enthalten wird wie der mit überstürzter Eile eingebrachte Entwurf der Unabhängigen, die damit nur der Sozialdemokratie zuvorkommen wollten und dabei so wichtige Dinge vergaßen, wie die notwendige Befugnis, die Angehörigen der ehemaligen Fürstenhäuser auszuweisen, wenn sie sich an monarchistischen Kundgebungen beteiligen. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf wird dies und noch anderes an scharfen, durchgreifenden Maßregeln enthalten.

Steuerhinterziehung der Hohenzollern.

Der „Vorwärts" veröffentlicht ein Aktenstück, aus dem hervorgeht, daß die Hohenzollernsche Vermögensverwaltung von dem Reingewinn des Jahres 1920 in Höhe von 25 Millionen Mark den Betrag von 10 Millionen Mark umgebucht hat, um die volle Steuerpflicht herabzudrücken. Bei einem Gewinn von 25 Millionen wären 60 Prozent Steuer, das sind 15 Millionen Mark, zu zahlen gewesen. — Außerdem stellt der „Vorwärts" fest, daß von allen ehemaligen kaiserlichen Gütern nur in einem einzigen Kreise, nämlich dem Kreise Greifenshagen, die Steuer für 1919 gezahlt worden ist und daß sämtliche Söhne des ehemaligen Kaisers überhaupt noch keine Steuer für 1919 gezahlt haben. Sie sind also bereits 3 Jahre Steuer schuldig, da die Revolution die Steuerfreiheit der Hohenzollern beseitigt hat. Sie rechnen offenbar stark auf Wiederkehr der alten Zustände, wo sie mit ihrer ganzen Sippe nicht nur mit ihrem riesigen Privatbesitz völlig steuerfrei blieben, sondern ihnen außerdem noch aus den Steuereinkünften des Landes viele Millionen alljährlich gezahlt wurden. Es sollte kurzer Prozeß mit ihnen gemacht werden. Soweit sie sich nicht unbedingt der neuen Staatsordnung unterwerfen und ihre Pflichten als Steuerzahler restlos erfüllen, gehören sie über die Grenze oder ins Gefängnis.

Soldatenschinderei bei der Reichswehr.

Die Reichswehr hatte sich bekanntlich zur Aufgabe gestellt, die Traditionen des alten kaiserlichen Heeres zu pflegen. Zu diesen Traditionen gehört anscheinend auch die Soldatenschinderei, die im alten Heere an der Tagesordnung war. Die Mißhandlung von Untergebenen ist jedenfalls keineswegs aus der neuen Wehrmacht verbannt, sie ist eine logische Folgeerscheinung des Drills und der Disziplin, wie sie vom alten Heere übernommen wurde. So wird jetzt dem „Vorwärts" vom Ortsausschuß des ADGB. Minden folgender Fall übermittelt:

Am 23. September sahen zwei Zeugen, wie auf dem Bastionshofe vier Reichswehrsoldaten von einem Unteroffizier hinter eine Hinderniswand gejagt wurden. Hier wurde einer von den Soldaten von seinen „Kameraden" in furchtbarer Weise mit Fäusten, Gewehrkolben und Seitengewehren gegen den Kopf und den Oberkörper geschlagen, auch Fußtritte setzte es ab. Dieses schmachvolle Bild wiederholte sich dreimal, dann brach der Mann zusammen. Als er sich erheben wollte, wurde er wiederum niedergeschlagen. Der Mißhandelte lag wie leblos auf dem Gesicht und bekam nun noch Fußtrittes Als er sich von neuem erheben wollte, wurde er von zwei Kameraden an den Händen gefaßt, wiederholt mit dem Kopf auf die Erde gestoßen, dann etwa 25 Meter weit geschleift und schließlich wie ein krepiertes Stück Vieh liegen gelassen. Eine Viertelstunde lang kümmerte sich niemand um ihn. Endlich kamen drei Vorgesetzte, darunter der Unteroffizier und allem Anschein nach ein Arzt. Dieser hielt es aber nicht für nötig, sich zu dem Mißhandelten zu bücken, er wurde vielmehr in die Höhe gerissen, und die Zeugen sahen, wie er immer wieder in die Knie oder vornüber zusammensank.

Einer der Zeugen des Vorfalls war 20 Jahre Soldat. Er stellt fest, daß er eine derartige Mißhandlung unter dem wilhelminischen Militarismus niemals erlebt hat. Die Zustände bei der in Minden liegenden Reichswehrformation machen ein sofortiges Einschreiten des Reichswehrministeriums notwendig. Vor vier Wochen hat bereits ein Reichswehrsoldat derselben Kompanie Selbstmord verübt. Am Tage nach der hier geschilderten Mißhandlung ist ein anderer Soladt beim Exerzieren solange gezwiebelt worden, daß er davongetragen werden mußte. Der Kompaniechef ist ein strammer Deutschnationaler. Hauptmann Schmidt ist sein Name.

Eine rechtliche Irreführung.

V. In der „Täglichen Rundschau" untersucht ein juristischer Mitarbeiter die Möglichkeiten einer etwaigen Auslieferung der Mörder Erzbergers. Er unterscheidet hierbei — durchaus zutreffend — die Handlungsweise aus privaten und aus politischen Motiven und weist darauf hin, daß im Falle der privaten Motive eine Ausliefrung erfolgen könne, während eine Auslieferung wegen politischer Verbrechen nicht stattfinde. Hierbei zieht er den Vertrag mit Italien vom 31. Oktober 1871 sowie das Auslieferungsabkommen mit der Schweiz vom 24. Januar 1874 heran. So weit, so richtig. Wenn der Verfasser jedoch die weitere Schlußfolgerung zieht, daß aus diesem Grunde eine Auslieferung der Mörder Erzbergers nicht erfolgen könne, falls das politische Motiv erwiesen sei, so befindet er sich in einem Rechtsirrtum. Nach dem schweizerischen Auslieferungsgesetz kann nämlich die Auslieferung auch dann erfolgen, wenn der Tat zwar politische Ursachen zugrunde lagen, die Handlung jedoch, um derentwillen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens hat. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, werden denn auch in den meisten neueren Verträgen Mord und Mordversuch ohne Rücksicht auf etwaige politische Motive als Auslieferungsdelikte behandelt. Dieser Gesichtspunkt müßte aber für das Verhalten der Reichsregierung im Falle einer Entdeckung der Mörder im Auslande entscheidend sein.

Die Geheimnisse der Schloßkaserne.

Das gefürchtete Tagebuch.

Die „Rote Fahne" hat vor einiger Zeit Auszüge aus dem Tagebuch des ermordeten Oberwachtmeisters Buchholz veröffentlicht, die die Hundertschaft Z.B.V. und ihren Führer, Hauptmann Stennes, auf das schwerste belasteten. Am Mittwoch hat nun in der „Roten Fahne" eine Haussuchung nach dem Tagebuch stattgefunden. Die Durchsuchung war erfolglos. Wir können es der „Roten Fahne" nicht verargen, wenn sie der Untersuchungsbehörde das Original des Tagebuches nicht ausliefert. Denn die Hundertschaft Z.B.V. hat es bisher dank ihrer glänzenden Beziehungen immer wieder verstanden, die Untersuchung zu verschleppen und zu verdunkeln. Das Tagebuch des ermordeten Oberwachtmeisters enthält noch einige wertvolle Aufzeichnungen über die Geheimnisse der Schloßkaserne, die der Oeffentlichkeit sicher entgehen würden, wenn das Tagebuch in den Besitz einer Behörde käme, über deren Zuverlässigkeit niemand sicher ist.

Wie steht es aber nun eigentlich mit der Untersuchung gegen die Mörder des Oberwachtmeisters Buchholz? Zwei Sachverständige haben unabhängig voneinander ihr Gutachten dahin abgegeben, daß Buchholz auf eine Entfernung von 30 bis 35 Zentimeter durch einen Schuß von hinten getötet worden ist, und daß jede Möglichkeit eines Selbstmordes ausgeschlossen ist. Wer führt die Untersuchung gegen die Mörder und ihre Hintermänner? Zuständig dafür ist eigentlich die Mordkommission beim Berliner Polizeipräsidium. Leider besteht eine Verfügung des Polizeipräsidenten, daß kriminelle Vergehen innerhalb der Schupo nicht durch die eigentliche Kriminalpolizei, in diesem Falle also durch die Mordkommission, sondern durch eine bei der Sicherheitspolizei eingerichtete Kriminalstelle untersucht werden. Richter in eigener Sache spielen, kann natürlich nie zu einem objektiven Ergebnis führen. **Soll der Mord aufgeklärt werden, dann muß der Kriminalstelle der Sicherheitspolizei die Untersuchung entzogen und die Mordkommission beim Berliner Polizeipräsidium damit betraut werden.** Wenn das geschehen ist, wird die Oeffentlichkeit sehr bald nicht nur über diesen Mord, sondern auch über die weiteren Vorgänge in der Hundertschaft Z.B.V. aufgeklärt werden.

Zu den Geheimnissen der Schloßkaserne gehören auch einige Waffenschiebungen. So war die Z.B.V. in die große Waffenschiebung verwickelt, die im Februar durch den Sportklub „Olympia" vorgenommen wurde. Das Polizeipräsidium sagte damals eine strenge Untersuchung zu. Die Hauptbeschuldigten, ein Assessor Heil und ein Hauptmann Bostelmann, konnten sich der Verantwortung durch die Flucht entziehen. **Sie waren rechtzeitig gewarnt worden.** Bostelmann ist jetzt Führer einer Selbstschutzabteilung in Mittelschlesien, die Hundertschaft Z.B.V. ist ebenfalls dort anwesend. Da kann die Republik ruhig schlafen.

Weiter ist bekannt, daß in der Hundertschaft Z. B. V. im Sommer 1920 eine Geheimorganisation gegründet wurde, die sich dem sogenannten „Bund der Ringmannen" anschloß. **Die Verpflichtungen, die den Mitgliedern der Z.B.V. auferlegt wurden, haben fast den gleichen Wortlaut, wie die von dem badischen Staatspräsidenten bekanntgegebenen Statuten der Münchener Geheimorganisation.** Ist das der preußischen Regierung bekannt? Wenn die Republik nicht zu einem Verbrecherkeller werden soll, werden sowohl die preußische Regierung als auch der Berliner Polizeipräsident mit größerem Nachdruck als bisher dafür zu sorgen haben, daß die Geheimnisse der Hundertschaft Z.B.V. endlich enthüllt und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Deutsche Rückwanderer aus dem russischen Hungergebiet.

NZ. Stettin, 30. September.

In den letzten Tagen sind aus Petersburg mit den Dampfer „Adler" ungefähr 400 deutsche Rückwanderer aus verschiedenen russischen Gouvernements, insbesondere aus dem Hungergebiet an der Wolga, in Swinemünde eingetroffen. Die Organisation der Rückwanderung war von dem deutschen „Roten Kreuz" eingeleitet und durchgeführt worden. Die Rückwanderung war hauptsächlich veranlaßt durch die sich immer schwieriger gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland. Es handelt sich in der Hauptsache um deutsche Kolonisten, die zum Teil seit vielen Jahren, zum Teil schon in der zweiten Generation in Rußland ansässig waren und es meist zu einer gewissen Wohlhabenheit gebracht hatten, als die bolschewistische Woge über sie hinwegging. Die meisten sind ohne irgend einen Rest ihres sauer erworbenen Besitzes, mit dem nackten Leben dem Verderben entronnen, mit dem die seit dem Aufkommen des Bolschewismus in Rußland aufgetretenen Verhältnisse dieses ganze Reich bedrohen.

Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, in Swinemünde mit verschiedenen der zurückgekehrten Landsleute zu reden. Alle entwarfen über die Art, in der von den Bolschewisten gegen die deutschen Kolonisten im Wolgagebiet vorgegangen worden ist, übereinstimmend und von einander unabhängig haarsträubende Schilderungen. Die Tatsache, daß sich diese fleißigen und mit dem rationellen Landwirtschaftsbetriebe gut vertrauten Deutschen wohlhabende Anwesen aufgebaut hatten, übte auf die habsüchtigen bolschewistischen Söldner eine besonders starke Anziehungskraft aus. Unserem Berichterstatter wurde mitgeteilt, daß von den Bolschewisten ganz planmäßig Plünderungszüge nach ihren Heimstätten organisiert worden seien. Die Arbeiterschaft in den im Kolonialgebiet liegenden Städten wurde von bolschewistischen Kommissaren systematisch gegen die deutschen Bauern verhetzt. Wo Mangel eintrat, wurden die Arbeiter darauf verwiesen, sich bei den Deutschen zu holen, was noch zu holen sei. Die Plünderungszüge kehrten so lange wieder, bis die Kolonisten nicht mehr im Stande waren, sich zu halten. Als vollends die Ausübung furchtbarer Greueltaten begann, denen viele der Ausgeplünderten zum Opfer fielen, entschlossen sich die Kolonisten zur letzten Verzweiflungsmaßnahme, zum Abzuge. Die Abwanderung nahm ihren Weg teils nach dem Westen, teilweise aber auch weiter nach Osten. Das Ziel der nach Osten wandernden war Turkestan.

Die Rückwanderer gehen in Deutschland, sofern sie nicht von Angehörigen aufgenommen werden können, in die Fürsorge des deutschen „Roten Kreuzes" über. Sie werden vorläufig hauptsächlich in dem Kreckower Lager bei Stettin untergebracht.

Griechische Niederlage in Kleinasien.

Trotz der sich immer noch widersprechenden Meldungen aus Anatolien läßt sich doch mit Bestimmtheit sagen, daß die griechische Offensive zusammengebrochen ist, und daß der griechische Vormarsch in den letzten Wochen sich in einen beschleunigten Rückzug verwandelt hat.

Die Rollen der beiden Kämpfer sind vollkommen vertauscht, und während vor 3 Wochen fälschlich die Einnahme Angoras gemeldet wurde, kommen jetzt die Siegesnachrichten aus Angora und Konstantinopel. Das kemalistische Parlament, das zur Zeit der griechischen Erfolge schwierig zu werden anfing, ist wieder ganz patriotisch und verleiht Kemal Pascha den Siegernamen „Ghazi". Diesen Ehrennamen hat allerdings nach dem Abzug der Entente von den Dardanellen auch der frühere Sultan erhalten, ohne daß damit über den Ausgang des Krieges etwas entschieden wurde. Aber sicherlich ist die Stellung Kemal Paschas sehr gefestigt, und es ist in der Tat bewundernswert, wie die kemalistische Armee, die den Griechen an Zahl weit unterlegen war, sich behauptet hat. Dabei ist ihr allerdings moralisch zu Hilfe gekommen, daß sie sich in der Verteidigung gegen den eroberungslustigen Imperialismus der griechischen Machtromantik befand, während andererseits im griechischen Lager eine starke Kriegsmüdigkeit Platz gegriffen hat. Die letzten Nachrichten melden einen neuen Sieg der Türken bei Eskischehr. Ob auch die Stadt selbst schon in ihre Hände gefallen ist, wie behauptet wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls steht es für Griechenland nicht gut, und wenn Nachrichten aus englischen und anderen Blättern zu berichten wissen, daß Griechenland zum Frieden bereit sei, so ist das wohl zu glauben. Nur wird es von seinen Forderungen sehr nachlassen müssen, wenn es auch die von den Franzosen gestützten Kemalisten zum Frieden geneigt machen will. Im ganzen wird es wohl, wenn nicht die griechische Armeee noch eine vernichtende Niederlage erleidet, auf einen mageren Vergleich hinauskommen. Denn ein völliges Unterliegen der Griechen wird England, das die türkischen Ansprüche auf die Meerengen und Konstantinopel fürchtet, schließlich doch verhindern.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 2. Oktober 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Malmö	Wulf	Kopenhagen		12
	S.	Emanuel	Schmidt	Marstall	2	
D.		Robert Bornhofer	Kimmers	Rostock	1	
D.		Gauthiod	Carlson	Kalmar	2	
D.		Larsen	Rouwi	Flensburg	6	

Angekommen am 3. Oktober 1921.

D.		Siems-Stralsund	Raddatz	Kopenhagen		16
D.		Goolen Kraeger	Karlson	Abo	2½	
D.		Göthmund	Götz	See	30	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Quartalt-Verkauf

Unsere Leistung –

Gewaltige Mengen Winterwaren in nur guten Qualitäten zu den billigsten Preisen!

und der Erfolg:

Die Anerkennung unserer Kundschaft. — Eine Flut von Käufern füllte in den ersten Tagen unser Haus!

Wir überweisen während der Lübecker Opferwoche einen Prozentsatz unserer Gesamt-Einnahme der Sammelstelle zur Linderung winterlicher Not!

DAMEN-KLEIDUNG

Aparte kleidsame Modelle — gediegene Stoffe — beste Verarbeitung, das sind die Kennzeichen unserer Damen-Konfektion

Damen-Mäntel nur aus reinwollenen Flausch- und Tuchstoffen, in hellen und dunklen Farben . . . . . 475.— 380.— 295.— bezw. **195.00**

Damen-Kleider entzückend schöne Modelle, aus reinwollenem Cheviot und anderen leichteren Stoffen . . . . . 590.— 425.— 295.— bezw. **175.00**

Damen-Röcke in tadellos sitzendem Schnitt aus einfarbigen u. gemusterten Stoffen 160.— 135.— 65.— bezw. **39.50**

Damen-Blusen aus warmen Winterstoffen, Seide und Schleierstoff, in schöner Machart . . . . . 150.— 85.— 69.50 bezw. **39.50**

Backfisch- und Kinder-Mäntel — Kinder-Kleider

Damen-Hüte

Duvefine Hüte in modernen Formen und Farben 125.— 95.— **79.50**

Gummistoff-Hüte der praktische Hut für den Winter . . . . . 150.— 110.— **85.00**

Leder-Hüte u. -Kappen kleidsame Modelle 225.- 185.- 155.- bzw. **78.00**

Cylinderplüsch-Hüte eleg. Formen a. kunstseid. Pann 110.— 89.— **72.50**

Filzhüte in neuen flotten Formen und in modernen Farben 85.— 75.— **68.50**

Kinderhüte in besonders schöner Auswahl

Schuhwaren

Damen-Halbschuhe moderne Formen, Spangen- und Schnürschuhe, gute Ledersorten . . . . . 125.— 110.— bzw. **84.00**

Damen-Schnürstiefel moderne Formen, mit und ohne Lackkappe, braun und schwarz . . . . . 175.— 135.— 95.— bzw. **89.50**

Herren-Schnürstiefel mod. Formen, in solid. Qualit. 210.— 175.— **145.00**

Kinder-Stiefel in naturgemäßen Formen **sehr preiswert**

Pantoffel u. Hausschuhe in warmer Winterware

Einzel-Paare Herren- u. Dam.-Schuhwaren besonders billig.

Gardinen – Decken – Teppiche

Tüll-Gardinen gute Qualitäten, zweiseitig eingefaßt, in schönen Mustern . . . . . Meter 10.50 9.25 **8.90**

Tüll-Gardinen gute Qualitäten, mit breiter Bordüre, doppelt gebändert . . . . . Meter 18.— 16.— **15.50**

Gardinen-Nessel vorzüglich waschbar, mit eingewebten Streifen, ca. 85 cm breit . . . . . Meter **11.75**

Kongress-Stoffe starke Qualität, mit eingewebten Streifen . . . . . Meter **12.75**

Spannstoffe verschiedene Muster ca. 130 cm breit. Meter 24.50 u. 21.75 ca. 120 cm br. Meter **15.75**

Gardinen-Etamine starkfädig ca. 110 cm breit . . . . . Meter **16.75**

Gardinen-Fallen verschiedene Breiten, mit und ohne Volant . . . . . Meter 26.75 bis **7.50**

Teppiche
gute deutsche Fabrikate in allen gangbaren Größen
2700.— bis 168.—

Bettvorleger
in reicher Auswahl.

Einzel-Stores und Garnituren
besonders preiswert.

Stores aus Erbstüll, englisch Tüll und Etamine in schöner Ausführung . . . . . 65.— 62.50 bezw. **54.50**

Etamine-Garnituren mit Hohlsaum u. Kurbelstickerei, 2 Schals u. Querbehang . . 235.— bzw. **190.00**

Portieren-Garnituren m. Kurbelstickerei u. bedruckt, 2 Schals u. Querbehang . 190.— 132.— bzw. **39.75**

Tüll-Bettdecken 2 bettig, in Erbstüll' engl. Tüll und Etamine . . . . . 260.— 225.— bzw. **125.00**

Tischdecken in Velvet, Kochelleinen und Filztuch . . . . . 185.— 96.— bzw. **65.00**

Diwandecken in moderner und antiker Ausmusterung . . . . . 425.— 375.— bzw. **150.00**

Reise- und Schlafdecken in großer Auswahl . . . . . 625.— bis **65.00**

Im Erfrischungsraum: Götze-Konzerte. *Reiche Auswahl an Speisen und Getränken.*

Holstenhaus

Beilage zu Nr. 231
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 3. Oktober 1921

Freistaat Lübeck.

Montag, 3. Oktober.

Es ist erreicht!

Der Mandatsversicherungsverein auf Gegenseitigkeit präsentiert endlich seine Zangengeburt. Nach vielen Wehen ist das Kindlein geboren. Im Glanze der Sonne bestrahlt trägt es seine Wunden deutlich zur Schau und es leugnet bis zur Verblüffung seine legitimen Väter. So gleicht also die „Einheitsliste" derjenigen des Bürgerbundes, dessen Paradepferde ein herzlich belangloses Dreigespann bilden, das ausreißt sobald es nach konsequenter Politik riecht. Dafür spießert man um so toller, was man sich als parteilose Partei ja auch leisten kann. In dieser Hinsicht werden sich die drei „geeinigten" Rechtsparteien gewiß nichts nachgeben. Denn wer soll in Zukunft wissen, wieviel nationale, monarchistische, volksparteiliche Augen die Demokraten blenden, wenn diese in ihrer forschen Art republikanische Prinzipien verteidigen? Und weil sich dies nicht mathematisch feststellen läßt, wird der böse Geist über diesem Wickelkind ständig schweben. Wir werden nicht verfehlen, für dieses arme geängstigte Wurm die Salbe bereitzuhalten.

Doch nun zur eigentlichen Frage: welch Weltereignis bietet sich uns denn nun in dieser Liste der bürgerlichen Parteien dar? Wir sehen als alte Bekannte die Deutschmonarchisten G. Reimpell, Henk, v. Brocken, H. Eschenburg, Prof. Roth, Peckelhoff und den Solotänzer Dr. Wittern, die an sicherer Stelle stehen. Das sind also 7 Mann, und damit ist die vielgerühmte deutschnationale Bescheidenheit, von der die „Lüb. Anz." ständig schwafeln, bis zu jenem äußersten Bürgerschaftssitz ausgenützt worden, den zu erringen dieser Maulheldenpartei überhaupt möglich ist. Wenn also die Deutschmonarchisten beim Kuhhandel mit dem Bürgerbund so freigebig waren und ihm statt 12 Sitze zwei zubilligten, so haben sie gar nichts verschenkt, sondern es höchstens so eingerichtet, daß sie vor offener Blamage verschont bleiben. Denn die hinter den Deutschmonarchisten — insbesondere nach ihren neuesten Taten — stehende zahlenmäßige Macht ist ebenso faul wie diejenige, die hinter dem Bürgerbund stehen soll.

Am teuersten wurde der Prinzipienverrat der Demokraten erkauft. Die bekanntesten Namen der alten Bürgerschaft — nicht zu verwechseln mit den konsequentesten Verfechtern demokratischer Parteigrundsätze — sind wieder vertreten: voran der in Mischmaschpolitik bewanderte Herr Julius Klein, dann Heise, Wandke, Boie, Ambrosius, Dr. Neumark, Neufeld, Schulmerich, als Neuling Eckholdt. Wir sind hier schon bei Nummer 33 angelangt. Wenn eine Frau aus diesem sog. Demokratenkunterbunt noch einen Sitz haben will, dann müssen schon Wunder geschehen, Frl. Bartels steht an 34. Stelle und Frau Dr. Landau wurde den Deutschvölkischen schlankweg geopfert. Die Deutschmonarchisten waren Frauenrechten sowieso nie gewogen. Diese Abneigung geben sie offenkundig zu, indem ihre bisherige Fraktionskollegin Frl. Müller die sichere Durchfallsnummer 61 erhielt.

So kommen also, im Prisma erschaut, die Demokraten bei diesem Mandatsschacher zahlen- und verhältnismäßig am besten weg. Nach dem Grade der Grundsätzlichkeit stehen sie am verlassensten da, eben weil Grundsatzlosigkeit noch niemals Segen gebracht hat. Politisch sind sie gerichtet. Wenn diese Tatsache auch nicht handgreiflich vor Augen liegen würde, so brauchte man nur die Charakterisierung des Amtsblattes vom Sonnabend heranzuziehen, das auf den von uns bereits angezogenen Artikel des „Berl. Tageblatts" eingeht und in seiner sorglosen Einfalt die hanischen Bundesgenossen deswegen lobhudelt, weil diese nicht mit den undeutschen Brüdern vom Schlag des „B. T." zusammengehen.

Also paßt auf: weil **konsequente Demokraten unmöglich mit Deutschmonarchisten an einem Strange ziehen können**, weil es des Demokraten vornehmste Pflicht ist, allen monarchistischen Bestrebungen in die Flanke zu reiten, deshalb gehen die **Lübeckischen Demokraten mit den Deutschnationalen zusammen.** Sie haben durch diese **politische Lumperei es verwirkt als Demokraten angesprochen zu werden.** Wenn wir diese Tatsache hervorheben, dann mögen sich die hiesigen Demokraten ja nicht aufregen. Denn wir haben für sie einen Zeugen, und zwar aus dem eigenen Bundeslager. Da man sich bei dem Mandatsschacher ziemlich deutlich ausgesprochen und also gegenseitig kennengelernt hat, wird dieser Zeuge in dieser Hinsicht nicht so ganz zweifelhaft sein. Es sind die „Lüb. Anz.", die u. a. schreiben:

„Es gibt doch recht verschiedene „Demokraten". Es gibt solche, die endlich eingesehen haben, daß ihr Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie für das Volk und auch für ihre Partei verderblich ist, und es gibt das „Berliner Tageblatt" mit seinem Anhang. . . ."

Nach einem kurzen Zitat des betr. Artikels heißt es:

„Wer diesen Erguß liest, sieht klar, wohin die Politik der Edlen steuert, die zu den „Demokraten" des „Berliner Tageblattes" gehören und daß selbst die schon so stark zusammengeschmolzene demokratische Partei nicht mehr homogen zusammengesetzt ist!"

Daß es recht verschiedene „Demokraten" gibt, ersehen wir in konkreto, und daß die hanischen Demokraten nicht homogen zusammengesetzt sind, wußten wir seit langem. Die erste Zurechtweisung haben also die lieben Freunde weg, und wenn sie in der Folge nicht kuschen, werden weitere folgen. Sie haben es nicht besser verdient. Uns hätte auch interessiert wie sich das deutschmonarchistische Blatt zu der Tatsache stellt, daß sich unter den eigenartigen demokratischen Bundesbrüdern die kapitalkräftigsten befinden, die die nötigen Moneten aufbringen, um das politische Leben zu korrumpieren. Aber in Geldfragen denken auch die Monarchisten nach getreuem Vorbilde zuerst an sich. . . .

Wäre für heute noch die Allerweltspartei zu nennen, die die ganze Schiebung gedreht und die Vollmonarchisten wie ihre Brüder zur Linken dirigiert: die Deutsche Volkspartei. Als Sterne erster Größe sind da Herm. Behn, Amtsrichter Gebhard, Handelslehrer Lötsch und die Lehrerin Koltze. Was sonst noch drum und dran bammelt sind nur Leuchten, die in irgend einem Vorstadtverein ab und zu blinde Raketen abfeuern.

Wir sind mit dem Ergebnis der bürgerlichen „Einheitsfront" durchaus zufrieden. Mehr als drei bürgerliche Listenaufstellungen haben auch wir nicht erwartet. Möge der heilige Geist über diesem Dreigestirn walten, möge er es rechtzeitig erleuchten, damit am Tage der Wahl der Schrecken vor dem kolossalen Reinfalle nicht noch mehr Opfer fordert. Heiter wurde die Tat begonnen, grausam wird das Schicksal walten.

Dafür wird die Sozialdemokratie sorgen. **Auf in den Kampf gegen den volksverpimpelnden Mischmasch, gegen die Reaktion in jeder Form, für Volksrecht, Fortschritt und Freiheit!**

*

Die Einheitsliste

weist folgende Namen auf (die gesperrt gedruckten Kandidaten haben der Bürgerschaft bisher angehört): 1. Behn, Hermann, Kaufmann. 2. Reimpell, Georg, Kaufmann. 3. Klein, Julius, Obersekretär. 4. Thode, Georg, Klempnermeister. 5. Henk, Fritz, Landwirt. 6. Heise, Julius, Buchdruckereibesitzer. 7. Brocken von, Heinr., Rechtsanwalt. 8. Wandke, Herm., Maurermeister. 9. Gebhard, Herm., Amtsrichter. 10. Gehle, Heinrich, Sekretär. 11. Koltze, Marie, Lehrerin. 12. Zimmermann, Marta, Ehefrau. 13. Boie, Ernst, Kaufmann. 14. Eschenburg, Hermann, Kaufmann. 15. Heinemeier, Wilhelm, Kaufmann und Konsul. 16. Roth, Otto, Professor, Dr. med. 17. Ambrosius, Heinrich, Prokurist. 18. Neumark, Moritz, Generaldirektor, Dr. 19. Brandt, Siegfried, Lagermeister. 20. Karstedt, Wilh., Kaufmann, Travemünde. 21. Vollert, Rud., Gärtnereibesitzer. 22. Eckholdt, Heinr., Kaufmann. 23. Stahlschmidt, Josef, Pastor. 24. Foerster, Johannes, Schornsteinfegermeister. 25. Neufeldt, F., Baurat. 26. Ewers, Hans, Rechtsanwalt. 27. Stodte, Hermann, Prof., Dr., Direktor. 28. Boll, Wilh., Angestellter. 29. Peckelhoff, Richard, Geschäftsführer. 30. Schulmerich, Wilh., Rektor. 31. Roischke, Adolf, Hausmeister. 32. Wittern, Dr., Ernst, Rechtsanwalt. 33. Mühlbradt, Artur, Baurat. 34. Bartels, Elise, Lehrerin. 35. Lötsch, Herm., Handelslehrer. 36. Fickeler, Max, Angestellter. 37. Knake, Hans, Oberlehrer. 38. Pederzani, Aloys, Hotelbesitzer. 39. Heinsohn, Carl, Malermeister. 40. Ehrtmann, Ludwig, Kaufmann und Konsul. 41. Püst, Andreas, Landwirt, Nusse. 42. Pautke, Joh., Pastor. 43. Klein, Karl, Oberrevisor. 44. Rath, Adolf, Angestellter. 45. Krüger, Anton, Bauführer. 46. Bolle, Friedrich, Seefahrtslehrer, Kapitän. 47. Scheteling, Max, Gärtnereibesitzer. 48. Heickendorf, Heinr., Kaufmann. 49. Brehmer, Margarethe, Rentnerin. 50. Zaeckel, Johann Heinr., Kaufmann. 51. Schiemann, Max, Kaufmann. 52. Vorkamp, Hermann, Kaufmann. 53. Zippel, Heinr. Herm., Dr. med., Travemünde. 54. Freund, Friedr., Bankbeamter. 55. Lischau, W. C., Kaufmann. 56. Trabert, Max, Landwirt, Rienhüsen. 57. Bade, J. J. P., Räuchereibesitzer. 58. Böcken, Hermann, Monteur. 59. Görner, Karl, Maurermeister. 60. Reuter, Hans, Direktor. 61. Müller, Erna, Dr., Direktorin. 62. Schönwald, Theodor, Schlossermeister. 63. Grube, C., Landwirt, Vorrade. 64. Steffen, Joh., Prof. Dr. Oberlehrer. 65. Beyer, Albert, Malermeister. 66. Brehmer, Dr., Ernst, Rechtsanwalt. 67. Tegtmeyer, Paul W., Kaufmann. 68. Kahns, Hermann, Kaufmann. 69. Roeper, Dr. jur., Rechtsanwalt. 70. Hoffmann, Elisabeth, Rentnerin. 71. Titel, R., Ehefrau. 72. Holtz, Clara, Ehefrau. 73. Grube, Alwinus, Lehrer. 74. Becker, H., Kaufmann. 75. Grünwaldt, Karl, Bankdirektor. 76. Kruse, Heinr., Sattlermeister. 77. Aewerdieck, Friedr., Vermessungsingenieur. 78. Ohnesorge, Wilh., Prof. Dr., Oberlehrer. 79. Winckler, Emma, Ehefrau. 80. Schlichtig, H., Angestellter.

Die Volkshochschule eröffnet in dieser Woche ihren Betrieb mit 35 Lehrgängen (s. Anzeige!), von denen 19 auf die Volkshochschul- und 16 auf die Fach- und Fortbildungsabteilung fallen. Da die Meldefrist bis zum 8. Oktober verlängert worden ist, besteht die Möglichkeit, daß noch weitere Lehrgänge eine Woche später eingerichtet werden, falls bis dahin genügend zahlreiche Meldungen eingehen. Es wäre zu wünschen, daß noch recht viele zustande kämen, da sich unter den angekündigten, aber noch nicht genügend belegten Lehrgängen recht viele wertvolle befinden, für die sich hervorragende Fachleute in den Dienst der Volksbildung gestellt haben. Das gilt vor allem für die Gruppen **Deutsch und Naturwissenschaften.** Dort sollen in der Literatur die Hörer in die **altgermanische Sagenwelt** (Prof. Dr. Gilbert), das **Nibelungenlied** (Frl. Deipser), **Schillers Glocke** und **Goethes Hermann und Dorothea** (Frl. Deipser), Christian Morgenstern (P. Ziesenitz), ferner in der Sprachgeschichte in die **Entwickelung unserer deutschen Sprache** (Schwabe) und ins **Plattdeutsche** (Fromme), eingeführt werden, während hier die Hörer erfahren, wie sie sich vor **ansteckenden Krankheiten** schützen sollen (Dr. Siering), was der Frau über **Frauenkrankheiten** zu wissen not tut (Frl. Dr. Haas). Sie können ihr Wissen bereichern in der **Biologie über Fortpflanzung und Vererbung** (Dr. Burk), in der Chemie über **Herstellung und volkswirtschaftliche Bedeutung der wichtigsten organischen Stoffe** (Dr. Möbusz), in der **Physik** über das Wesen des Schalls (Prof. Breinig), in der **Geologie** über die Entstehung der Erde und des Lebens (Dr. Burk) und in der **Himmelskunde** über die Mittel der astronomischen Forschung (Prof. Dr. Binder). Aber auch für die Gruppe der **Sozialwissenschaft** wäre mehr Interesse erwünscht, da diese Kenntnisse ja für jeden Staatsbürger unentbehrlich sind und die Schulen uns davon nur wenig auf dem Lebenswege mitgeben. Die Volkshochschule gibt die Gelegenheit u. a. in die jetzt so brennende **Wohnungsfrage** (Tormin), die Bedeutung des **Friedensvertrages von Versailles** (Dr. Schwarz), den **Eisenbahnbetrieb** (Schneider), die **Verfassung des Deutschen Reiches und** — für die Wahlen aktuell! — **Lübecks** (Lötsch), und das **Versicherungswesen** (Illing) einzudringen. Außer dem Genannten ist noch vieles andere Gute im Lehrplan der Volkshochschule enthalten. Da dieser jetzt unentgeltlich abgegeben wird, fühlt sich hoffentlich noch mancher veranlaßt, ihn daraufhin durchzusehen, ob er nicht auch für ihn etwas Brauchbares enthält. Er wird nicht enttäuscht werden.

Jungfer Binchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Anton richtete sich auf. Er sagte, daß ein Mann das Fürchten nicht kennen dürfe. Dagegen genau zu wissen habe, was in seiner eigenen Küche vorgehe. Er drückte die Klinke nieder. Vor ihm drehte sich Jungfer Binchen. Aufgeschürzt bis zu den Knien. Als Tänzer hielt sie einen umwickelten Besenstiel im Arme.

Wenn der Tüchtige etwas tut, so tut er es ganz. Binchens Eifrigkeit überhörte Herrn Antons Kommen.

Mit schnellem Griff ließ Anton das Licht aufflammen.

Jungfer Binchen schrie auf. Sie schien umsinken zu wollen. Der Besen gab ihr Kraft und Halt.

Anton wünschte das Abrechnungsbuch.

Erst als er mit seinem goldenen Taschenbleistift Zahlen addierte, fragte er, ob Binchen ein derartiges Betragen für notwendig erachte. Für schicklich? Für gesund? Dergleichen Turnübungen nach der Abendmahlzeit? Am Schluß eines normal verbrachten Tages? Er habe bisher nicht gewußt, daß Wirtschafterinnen im Mondschein tanzen. Eine Wirtschafterin sei doch kein Waldschrat.

Jungfer Binchen muckte. Sie erwiderte, daß sie allerdings kein Waldschrat sei. Aber auch nicht nur eine Wirtschafterin. Sondern auch ein Mensch. Besonders wenn jemand Wand an Wand so herrlich Flöte blase. Niemand habe sie tanzen gelehrt. So müsse sie es selber tun. Sollte sie vielleicht auf ihrer eigenen Hochzeit nicht tanzen können?

Sie schluchzte plötzlich laut auf. Laut und doch gedämpft, quäkend wie ein Frosch, der unter eine Stiefelsohle geraten.

Anton schreckte zusammen. Schluchzen war ihm grauenhaft. War sonst Grund der sofortigen Entlassung gewesen. Das war ein Manöver für Ehefrauen, die keine Kündigung zu fürchten brauchten. Wirtschafterinnen hatten ihre Tränen für sich zu behalten. Er hatte gewußt, daß es nichts Vollkommenes gibt. Er wußte, je älter, je dümmer, je länger im Dienst, je frecher die Dienstboten. Es gab keine Ausnahme. Daß man das immer wieder vergaß. Jungfer Binchen beschäftigten Heiratsgedanken. Obwohl ihre eigenen Beine nicht zueinander paßten. Nicht nur das. Jungfer Binchen fing plötzlich an aufschluchzen zu können. Dieses widerliche Merkmal des weiblichen Geschlechts. Anton gab zu, daß nur Frauen jederzeit zu weinen vermochten, wenn sie wollten, wenn sie es brauchten. Aber nicht alle Spezialitäten bewundert man.

Anton steckte den goldenen Bleistift wieder ein. Er sagte, daß er morgen für beide Tage mit Binchen abrechnen werde.

Inzwischen riet er ihr, Baldrianblätter mit kaltem Wasser aufzustellen. Und mehrmals als Tee zu sich zu nehmen.

Dann kehrte er ins Wohnzimmer zurück. Rücksichtslos das Spiel der Flöte unterbrechend. Er trank ein zweites Glas Wein. So ist es. Klappt nicht alles im Haushalt, kommt der Vorsichtigste aus gesunder Gewohnheit.

Wolfgang fiel es auf, wie bleich Anton aussah. Er fand Gelegenheit, dies Saphir zuzuflüstern.

Dieser nickte erregte Zustimmung. Flüsterte zurück die Besorgnis, daß sich Anton zu lange in der Küche aufhalte. Zu häufig in Binchens Nähe.

Apfel hob erstaunt den Kopf. Schüttelte ihn bedächtig. Wie wenn er selbst nicht glauben wolle, was er jetzt denken mußte. Dann stieß er einen Pfiff aus.

Als er wieder hügelauf schwankte, erinnerte er sich daran, daß in der Not der Teufel Fliegen fressen solle.

Aber dann schüttelte er wieder seinen Kopf. Warm geworden vom guten Wein und für heute fertig mit aller Philosophie.

O, Kathrinchen, o, Kathrinchen, wie ist das Leben schön. . . .

X.

Der Morgen belächelte die Schatten des Abends. Der neue Tag glänzte über gewohnter Ordnung. Das Frühstück lecker, adrett, tadellos. Jungfer Binchen diensteifrig, ehrbar, schweigsam. Wie sich's gehört.

Baldrian war ein unübertreffliches Hausmittel. Anton war zufrieden. Saphir den gestrigen Zwischenfall erst gar nicht berichtet zu haben. Er liebte es nicht, Unannehmlichkeiten, die vorüber, durch Worte zurückzurufen. Er war der Ansicht, daß das meiste Gesprochene ebenso ungesagt bleiben könne.

Saphir beobachtete mit Freude, daß Anton wohl und frisch um sich blickte.

Trotzdem Novembernebel Haus und See umsponnen. Jungfer Binchen wußte nicht, was heute für ein Wetter werden wollte. Es sähe nach gar nichts aus. Nur vermutete sie, daß die Nebel den Rauch niederdrücken würden. Man mußte darauf gefaßt sein, den Schornsteinfeger rufen zu lassen.

Nebel oder Sonne, treu dem Tagewerk begab man sich an die Pflicht. Viel Arbeit wartete in der Werkstatt. Mancher besondere Auftrag für das nahende Weihnachten. In jedem Format wünschte man Mögeles Chronometer. Der, sobald man es wollte, Minuten und Sekunden anschlug. In der Westentasche, wie auf dem Nachttisch. Sanft summend und singend. Doch deutlich und genau, wie die dröhnendste Turmuhr. Hoffnung und Zerstreuung summend dem ungeduldig Wartenden. Trost singend dem Schlaflosen. Alle Termine kommen heran. Alles geht vorüber.

Wie vom Wind bewegte Vorhänge schlossen die Nebel die Welt der Werkstatt ab. Man sah weder Hafen noch See. Nicht die erschlafften Weinstöcke, die für dieses Jahr alles hergegeben, was ihnen die Sonne geschenkt. Kahl und ergeben die kalten nassen Tage trugen. Man sah sie so wenig, wie die fernen Bergriesen, die sich nun mit Schildern von Eis gewappnet hatten.

Die Säge des Schreiners schwieg. Sie arbeitete hinter warmer Wand.

Nur die Nebelhörner der Dampfer verrieten, daß die Zeit nicht stille steht. Wozu Mögeles keiner Mahnung benötigten. Nicht eine halbe Sekunde durfte ihnen unbemerkt durch die Spiralen schlüpfen. Es war ein Tickiack um sie herum, scharrend, klingend, krächzend, schnarrend, summend, surrend, pochend, schnurrend, als säßen sie im Gebäude der Zeit selbst.

Kurz vor Mittag schall aus dem Schulhaus, fern wie aus hohen Regionen, Kinderchor. Helle Stimmen fragten, wieviel Wolken täglich über unsere Welt ziehen.

Saphir meinte, daß alte Melodien aus jungen Kehlen eine rechte Herzerfrischung wären. An solchen Tagen.

Anton erwiderte nichts.

Der Mittagsdampfer hatte gepfiffen. Ein Augenblick, noch weniger für poetische Reflexionen geeignet, als jeder andere des Tages.

Jetzt trafen die Geschäftsreisenden ein, deren Empfangsstunde zwischen Mittag und ein Uhr war.

Ein schmaler Raum neben der Werkstatt war dafür bestimmt. Auf dem Tische standen drei Kisten Zigarren. Welche der drei Sorten dem reisenden Vertreter angeboten, entschied die Größe oder Vertrauenswürdigkeit seiner Firma. Alles in der Welt hat ihre vorgesehene Bestimmung.

Es war Anton, der hier verhandelte. Er hielt dies für vorteilhafter. In beider Interesse. Nicht, daß er Saphir für weniger gescheit einschätzte. Aber er fürchtete die Macht der Gewohnheit. Er fürchtete, daß Saphir im entscheidenden Augenblicke sagen könnte: „Nichts für ungut."

Angewohnheiten entledigte man sich in späteren Jahren ebenso schwer, wie man in jungen Jahren leicht dazu gekommen. Täglich führte Anton dem jüngeren Bruder vor Augen, daß es Dinge gäbe, die im Privatleben harmlos wirkten, vielleicht sogar liebenswürdig. Im Geschäftsleben aber so schädigend wären, wie die Reblaus für den Wein.

(Fortsetzung folgt.)

Achtung, Gruppenvorstände! Morgen abend 7 Uhr findet eine wichtige Sitzung aller Gruppenvorstände statt. In dieser soll zum Unterrichtsplan für das Winterhalbjahr Stellung genommen werden. Erscheinen aller Gruppenvorstände ist unbedingt notwendig. Die Betriebsrätezentrale.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 10. Oktober, abends 6 Uhr statt.

Ein Unterhaltungsabend, der zu Ehren der Delegierten vom Sozialdemokratischen Verein veranstaltet war, fand am Sonntag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Es war ein reichhaltiges Programm zusammengestellt. Vom hiesigen Stadttheater wirkten Fräulein Gaffron und Herr Heimberg mit. Sie trugen Partien aus „Mignon", „Zar und Zimmermann", „Carmen" und anderen bekannten Opern vor. Beiden Künstlern wurde so lebhaft applaudiert, daß sie sich zu Zugaben verstehen mußten. Herr Kapellmeister Martin hatte die Begleitung am Flügel übernommen. Die plattdeutschen Vorträge des Herrn Lüth fanden großen Anklang und erweckten oft Heiterkeit. Die Arbeiterjugend führte ihre beliebten und immer wieder gern gesehenen Volkstänze in exakter Weise vor. Es war ein genußreicher Abend, der alle Teilnehmer sichtlich befriedigte. Gegen 11 Uhr begann der Tanz, der die zahlreich Erschienenen noch einige Stunden gemütlich beisammenhielt.

Künstlerischer Tanz und Gymnastik. Im Kolosseum legten am Freitag abend Helene Scharff und Herta Opitz Proben ihres Könnens auf dem Gebiete künstlerischen Tanzes und künstlerischer Gymnastik ab. Die Darbietungen der beiden Damen zeugten von inniger Hingabe an die Sache und gereifter Durchbildung. Insbesondere gab Frl. Opitz Beweise holder Anmut und vollendeter Grazie. Recht niedlich war der Schubertsche „Moment musical", aber am eindringlichsten wirkte ihr „Indisches Gebet", in dem sich Rhytmus und Andacht zu religiösem Sein verwob. Der Ausdruck seelischen Empfindens im künstlerischen Tanze offenbarte sich auch im „Ersten Verlust", getanzt von Frl. Scharff und Opitz, sowie im Walzer von Krieg, in dem Helene Scharff ihren geschmeidigen Körper formenschön wiegte. Wie Körper und Geist zu anmutsvoller Harmonie verwoben werden kann, wurde auch in den anderen Programmnummern demonstriert. Den ersten Teil des Abends füllten praktische Vorführungen einiger Schülerinnen Helene Scharffs aus. Die jungen Damen gaben Proben rhytmischer Uebungen, Bewegungsstudien u. a. Sie wirkten auch in den Tanzvorführungen des zweiten Teiles mit und nahmen Teil an dem Beifall, der den beiden Lehrerinnen in reichem Maße gespendet wurde. Die begleitende Musik wurde von Frl. Helene Mommsen respektvoll bestritten.

Die Lübecker Ortsgruppe des Bundes für Erziehung und Unterricht hielt am Mittwoch eine sehr stark besuchte Versammlung in der Aula der Ernestinenschule ab, in der Prof Dr. Döring über die Zeugnisse in der Schule sprach. Nach einem uns zugegangenen Bericht führte der Redner u. a. aus: Von einer Zukunftsschule, die nicht Wissensschule wäre, sondern Persönlichkeitswerte schaffen und eine wirkliche Bildung des Schülers erreichen wolle, glaubt er, daß sie ganz ohne Zeugnisse auskommen könne. Auch in der heutigen Schule sollte man sie erheblich einschränken können. Zeugnisse seien ein Uebel für die Schüler, in die ein falscher, aufs Wissen gerichteter Ehrgeiz komme, für die Eltern und für die Lehrer, die vor die unausführbare Aufgabe gestellt würden, seelische Werte mit Ziffern messen zu müssen. Vollständig wegfallen sollten jedenfalls die allgemeinen Zeugnisse für Betragen, Fleiß und Aufmerksamkeit. Für entbehrlich und schädlich halte er sie auch in der Philosophie, Religionslehre, im Deutschen, Zeichnen, Singen und Turnen; eher seien sie zu ertragen für Geschichte, Erdkunde und Biologie, wo eine gewisse Menge von positiven Kenntnissen notwendig sei. In den fremden Sprachen, der Mathematik, Physik und Chemie seien sie im Unterbau, wo es gelte, zunächst einmal Wissen zu vermitteln, jedenfalls noch nicht zu entbehren. Auf der Oberstufe würde er auch hier darauf verzichten, weil auch hier das Wissen hinter Bildung zurücktreten müsse. Frau Ina Mahn, als Vertreterin der Eltern stimmte im ganzen diesen Gedanken bei und wies im besonderen noch auf die persönlich charakterisierenden Zeugnisse hin, wie sie ihr von einem Landerziehungsheim bekannt seien; sie möchte solche statt der Nummern oder feststehenden Prädikate unter jeder schriftlichen Arbeit des Schülers sehen. Aus der sehr erregten Besprechung, die sich an die Vorträge anschloß, ergab sich, daß sehr allgemein der Wunsch verbreitet war, daß in Religionslehre die Zeugnisse wegfielen und ebenso das allgemeine Zeugnis über den Fleiß. Mehr geteilt waren die Meinungen darüber, ob auch in Betragen und Aufmerksamkeit Zeugnisse gegeben werden sollten; mehrfach betont wurde, daß es sich dabei natürlich nur um die Führung in der Schule handeln könne. Weniger Stimmung war dagegen dafür, auch im Deutschen und in den sogenannten technischen Fächern auf Zeugnisse zu verzichten.

Wesloe und Israelsdorf gehören vom 1. Oktober ab zum Standesamt Lübeck, dessen Geschäftsstelle für Geburten und Sterbefälle sich Mengstraße 28, für Aufgebote und Eheschließungen Mühlenstraße 72 befindet.

Die Urabstimmung über den Schiedsspruch der Werftarbeiter. Die Lübecker Werftarbeiter haben den Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt. Es stimmten dafür 569, dagegen 1371, Ungültig waren 14 Stimmen. In Hamburg wurde mit 4552 gegen 4432 Stimmen angenommen. Auf den Werften der Unterweserorte wurde folgendes Resultat erzielt: „Ja" 3794 Stimmen, „Nein" 1744 Stimmen, ungültig waren 84 Stimmen. In Kiel ergab die Urabstimmung 7143 Stimmen für und 6638 Stimmen gegen den Schiedsspruch.

Teuerungszuschüsse für Militärrentenempfänger. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Alle Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen, die Renten beziehen, erhalten auf Grund einer Verordnung vom 24. September d. J. aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerung mit Wirkung vom 1. August bis auf weiteres laufende Teuerungszuschüsse. Diese Zuschüsse betragen für jeden Schwerbeschädigten monatlich 30 Mark und für jedes Kind 15 Mark; steht er zurzeit nicht im Erwerbsleben und ist seine Erwerbsfähigkeit um 70 oder 80 vom Hundert gemindert, so erhöht sich sein Zuschuß von 30 auf 50 Mark, ist er noch mehr erwerbsbeschränkt, auf monatlich 75 Mark. Jede Witwe erhält 25 Mark oder, wenn sie invalide ist und nicht im Erwerbsleben steht, 40 Mark, jede Waise sowie jeder Elternteil monatlich 15 Mark. Die Zuschüsse für die Witwen, Waisen und Eltern werden von der Postkasse gleichzeitig mit den Renten ausbezahlt, die übrigen Zuschüsse von den Fürsorgestellen.

Die Lübecker Buchdruckergehilfen zum Lohnabkommen. Die Lübecker Gehilfen haben sich in zwei Versammlungen mit dem neuen Lohnabkommen beschäftigt. Die Unzufriedenheit mit dem Abkommen kam in einem in der zweiten Versammlung angenommenen Antrag zum Ausdruck, der eine Urabstimmung darüber fordert, ob die Gehilfen gewillt sind, für eine entsprechende Erhöhung in den Streik zu treten. Die Urabstimmung soll bis Dienstag abend beendet sein.

Oppauer Unglück. Zur Unterstützung des vom Reich eingeleiteten Hilfswerkes hat sich auch in Lübeck ein Ortsausschuß gebildet, dem außer Bürgermeister Dr. Neumann und mehreren Senatsmitgliedern namhafte Körperschaften Lübecks, sämtliche hiesige Banken pp. angehören. Auf den im Anzeigenteil erschienenen Aufruf wird noch besonders hingewiesen.

Die Volksküche gab im September 5313 Portionen Essen aus; ferner 3465 große Tassen Kaffee, 1946 Portionen Abendessen und 369 Kinderportionen.

Lübecker Opferwoche zur Linderung der wirtschaftlichen Not. Die von der Lübecker Opferwoche veranstaltete Handarbeitsausstellung hat bereits einen guten Erfolg aufzuweisen. Gleich am Tage der Eröffnung wurde ein großer Teil der Handarbeiten verkauft. Welch eine Freude und Hilfe damit den alten Damen, die die Arbeiten angefertigt haben, bereitet wird, dafür nur ein Beispiel: Eine 78jährige Frau, die eine kunstvolle Decke zum Verkauf ausgestellt hatte, hörte, daß ihre Decke für 270 Mk. verkauft sei. Da sagte sie überglücklich: „Ach, was bin ich froh, gestern wußte ich noch nicht, wie ich meine Miete zahlen sollte, nun bin ich doch diese schwere Sorge los." — Auch die verkauften Handarbeiten bleiben bis zum Schluß der Ausstellung an ihrem Platze, sodaß jeder Besucher bewundern kann, was die Finger der zum Teil über 70 und 80 Jahre alten Künstlerinnen zu leisten vermochten.

Das Museum am Dom ist im Winterhalbjahr geöffnet Sonntags von 11—4 Uhr, Mittwochs von 2—4 Uhr, außerdem täglich außer Sonnabends von 11—1 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 1 Mark.

Die Verteuerung der Postgebühren ist in folgender Weise vorgesehen: Für gewöhnliche Briefe im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1 Mk., eine Postkarte 50 bezw. 75 Pfg. Die übrigen Portosätze sollen etwa betragen: Drucksachen 50 Gr bis 1 Kg. 80 Pfg. bis 3 Mk., Geschäftspapiere 250 Gr. bis 1 Kg. 1—3 Mk. Päckchen bis 1 Kg. 3 Mk. Bei der Erhöhung der Paketgebühren ist eine Nahzone bis 75 Kilometer und eine Fernzone über 75 Kilometer in Aussicht genommen. Die Gebühren werden künftig betragen: bis 5 Kg. 5 Mk. bezw. 6 Mk., 5—10 Kg. 10 bezw. 12 Mk., 10—15 Kg. 18—22 Mk., 15—20 Kg. 24 bezw. 30 Mk. Eine ähnliche Steigerung erfahren auch die Gebühren für die Postanweisungen.

Das Hansatheater hat Gilberts Operettenposse „Die Kinokönigin" von neuem in den Spielplan aufgenommen. Die von Ewald Kuntze einstudierte Aufführung wurde vom Publikum dank der glänzenden Aufführung äußerst beifällig aufgenommen. Die bekannten Schlager „Liebe, kleine Dingerchen" und „In der Nacht, in der Nacht, wenn die Liebe erwacht" haben an ihrer Wirkung auf das Publikum noch nichts eingebüßt. Der freundliche Erfolg war in erster Linie der ansprechenden Darstellung zuzuschreiben. Im Vordertreffen standen Reinhold Wolf als Josias Clutterbuck, Lissa Niemz (Dela Gill), Paul Schüßler (Billy), Fritz Heyse (Bobby), Hilde Möbius (Annie), Asta Hofer (Virginia) und Georg Bauer (Viktor). Reinhold Wolff ließ seiner Laune die Zügel schießen und bewegte sich manchmal hart an der Grenze zwischen Operette und Zirkus. Er sollte Obacht geben, daß sein Spiel nicht vollends zu Zirkuspäßen ausartet. -o-

Hansa-Theater. Nach dem Erfolg, den die Operette „Kinokönigin" bei den bis jetzt stattgefundenen Aufführungen zu verzeichnen hat, ist die Direktion aller Spielplansorgen enthoben, sodaß diese flotte Operette täglich 7½ Uhr abends gegeben wird. — Morgen Dienstag, den 4. Oktober, findet die erste Vorstellung im Dienstag-Abonnement statt.

Angrenzende Gebiete.

Sozialdemokratische Konferenz.

An die Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei der Provinz Lübeck.

Am Sonntag, dem 9. Oktober., vorm. 9½ Uhr, findet für den Landesteil Lübeck eine Konferenz im Lokale des Herrn Jalas in Bahnhof Gleschendorf mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die Neugestaltung der Gemeindeordnung und die Gemeindesteuern. Referent: Landtagsabg. Gen. Bartels.
2. Bericht über die Tätigkeit des Landesausschusses. Berichterstatter: K. Fick.
3. Das Einkommensteuergesetz. Referent: noch unbestimmt.
4. Aufstellung der Kandidaten und Ersatzmänner zum Landesausschuß.
5. Die Wahlen zu den Gemeindekörperschaften.

Eingeladen zu dieser Konferenz sind je 1 Mitglied des Ortsvereinsvorstandes der Ortsvereine, die Mitglieder der Gemeindevertretungen, die Mitglieder der Steuerausschüsse, die Leiter der Arbeitsgemeinschaften und die Landtagsabgeordneten.

Die Einladungen sind an die Ortsvereinsvorstände ergangen. Es ist Pflicht der Vorstände, die Mitglieder der einzelnen Körperschaften sofort von der stattfindenden Konferenz zu benachrichtigen, damit alle Körperschaften voll vertreten sind.

Die Arbeitsgemeinschaft.

Schönberg. Eine Frau ermordet. In Pogey bei Carlow wurde die Ehefrau des Gastwirts Harms ermordet in ihrem Schlafzimmer aufgefunden. Man nimmt Raubmord an, da die Schränke und Kommoden durchwühlt waren. Da kürzlich drei fremde Burschen im Dorfe waren, wurde nach ihnen gefahndet. Man fand sie in einer Heumiete zwischen Pogey und Neschow. Sie wurden verhaftet. Auch der Ehemann der Ermordeten soll festgenommen sein.

Schwerin. 100000-Mark-Spende für Oppau. Das Staatsministerium von Mecklenburg-Schwerin hat beschlossen, zur Linderung der Not der durch das Explosionsunglück in Oppau Betroffenen 100 000 Mark zu spenden.

Hamburg. Zur Lohnbewegung der Buchdrucker. Die am Sonnabend in den Betrieben stattgefundene Urabstimmung ergab eine mehr als Zweidrittel-Mehrheit für eine Forderung von 430 Mk. wöchentlich. Zur Beschlußfassung über die nötigen Maßnahmen in diesem Falle war die Vertrauensmännerversammlung beauftragt. Diese beschloß: Die Personale gehen am Montag morgen in die Betriebe. Die Forderung wird seitens der Betriebsvertrauensleute am Montag morgen den einzelnen Arbeitgebern vorgelegt. In den Betrieben, wo diese **Forderung bis 12 Uhr mittags nicht schriftlich bewilligt ist, verläßt das Buchdruckerpersonal um diese Zeit die Arbeitsstätten.** — Die graphischen Hilfsarbeiter fordern 400 Mark für männliche und 300 Mark für weibliche Mitglieder. — Liebestragödie. Der Arbeiter Karl Losch aus der Eckernförderstraße erschoß auf der Mühlenkampbrücke seine frühere Geliebte, eine Frau Kiewitz aus der Gertigstraße. Der Täter wurde auf der Flucht ergriffen.

Harburg. Produktive Erwerbslosen-Fürsorge Da infolge der Belebung des Baumarktes und der vermehrten Arbeitsmöglichkeit in Industrie und Gewerbe die Arbeitslosigkeit in Harburg ganz erheblich zurückgegangen ist, hat der geschäftsführende Ausschuß beschlossen, vom 1. Oktober ds. Js. ab die Einziehung von Beiträgen für die produktive Erwerbslosen-Fürsorge einzustellen. Die angefangenen Arbeiten werden mit den noch vorhandenen Erwerbslosen fertiggestellt. Seit der Einrichtung der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge wurden 88 465 Tagewerke je 4 Stunden geleistet, wofür an Lohn 2 100 000 Mk. gezahlt worden sind.

Itzehoe. Das Stadtverordnetenkollegium aufgelöst. Durch Beschluß des Ministeriums des Innern ist das Stadtverordnetenkollegium aufgelöst worden. Damit ist der Kommunalkonflikt, der seinerzeit durch die Mandatsniederlegung der bürgerlichen Stadtverordneten infolge der Wahl unseres Genossen Schinkel zum 2. Bürgermeister heraufbeschworen, vorerst beseitigt.

Wilhelmshaven. Großfeuer in der Marinewerft. In einem Holzschuppen der Marinewerft ist am Sonnabend ein großer Brand ausgebrochen, der für die umliegenden Gebäude eine bedeutende Gefahr darstellt. Gegen 5 Uhr sprang das Feuer auf einen benachbarten großen Holzlagerschuppen über, wo das Feuer reichlich Nahrung fand. Mehrere Sauerstoffflaschen flogen mit gewaltigen Detonationen in die Luft. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Bremen. Deutsch-völkische Helden-Jünglinge. Genosse Feldern in Bremen hat auf der Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus einen Vortrag über „Die Methoden des Antisemitismus" gehalten. Das haben deutsch-völkische Heldendarsteller zum Anlaß genommen, dem Referenten eine Reihe von Schmähbriefen zuzusenden. Den Vogel hat ein „teutscher" Jüngling abgeschossen, in dessen Brief es u. a. heißt: „Also Ihr armseligen Mondkläffer, was macht Ihr uns mit Euren dämlichen, hirnverbrannten Reden aus? Garnichts — nicht'n — Dreck! — Aber wir warnen Euch, Euer gottloses Maul nicht zu weit zu öffnen, denn Ihr wißt ja, wie es mit solchen Kreaturen gemacht wird (Erzberger)! Also, nehmt Euch zusammen, Ihr armseliges Geschmeiß, macht Euch nicht zu Märtyrern, es kleidet Euch schlecht. Aber wir haben vor Euch Dreckkanaillen absolut keine Angst, Ihr seid in der jetzigen Weltgeschichte wirklich eine große Null. Ihr seid das Brot nicht wert, das Ihr freßt — steinigen und ans Kreuz nageln müßte man Euch, so wie das Judengesindel unsern Herrn annagelte." — Echt christlich, echt deutsch-völkisch, echt deutschnational, nicht wahr?

Bremen. Eines gräßlichen Todes starb ein Arbeiter, der im Betriebe der Oelfabrik Groß-Gerau beschäftigt war. Ein Arbeitskollege fand den Verunglückten auf seine Hilferufe, wie er mit dem linken Arm in einer Transmission eines Becher-Baggers hing und sich mit der rechten Hand gegen die an der Decke befindlichen eisernen Träger stützte, um nicht mit herumgeschleudert zu werden. Den Verunglückten müssen aber die Kräfte verlassen haben, denn als ein Kollege, der den Betrieb abstellte, ihn aus seiner gefährlichen Lage befreien wollte, lag er bereits tot am Boden. Dem Bedauernswerten waren buchstäblich beide Füße, sowie der rechte Unterschenkel und der linke Arm vom Körper abgerissen.

Sozialdemokratischer Bezirksparteitag.

Dr L. **Lübeck,** 2. Oktober 1921.

In der Johannisstraße rote und schwarz-rot-goldene Fahnen; genau wie in Görlitz, die vereinigten Farben des Sozialismus und der Demokratie. Die beiden Parolen und ihre Banner.

Außerordentlich pünktlich, nur eine Viertelstunde nach 1 Uhr, durchhallt als Auftakt für die schwere Tagung ein Arbeiterlied den farbengeschmückten weiten Saal des Gewerkschaftshauses. Dann begrüßt Gen. Löwigt in seiner ruhigen und biederen Art mit unglücklichem Gesicht und freudigem Wort die Delegierten Mecklenburgs. Mit zufrieden glänzenden Augen eröffnet darauf Genosse Kröger den Bezirks-Parteitag. Er läßt auf kulante Art das Präsidium wählen; nimmt gleich darauf das Wort zum Vorstandsbericht. Und mitten drin ist man unversehens im Stoff; die Verhandlungen haben begonnen. Langsam plätschert der Fluß der Rede; und sein Nachfolger, der Geldmann Bremer, tritt in die Fußstapfen seines Vorgängers. Du hörst Zahlen, immer nur Zahlen; und wenn du nicht Kassen- und Zahlenmensch bist, drehst du dich um und betrachtest die lieben Freunde aus Mecklenburg.

Die Kleinstadt beherrscht das Bild; der eigentliche Landarbeitertyp schaut nur hin und wieder hartknochig aus der Reihe. Hingebung und feste Entschlossenheit, d ist das auffallende Merkmal dieser etwas unbeweglichen Gesichter.

Plötzlich andere Stimmen; die Geschäftsführer entledigen sich ihrer Pflicht. Auch Zahlenmenschen; machen Pläne, sprechen von Ueber-, Unter- und Vorschuß. Was den Geschäftsuntüchtigen an der ganzen Sache interessiert, sind die Unterschiede in den Schnittbartmoden zwischen Lübeck, Schwerin und Rostock. Letzteres gab sich übrigens einen außerordentlich tüchtigen Anstrich durch einen hinter dem rechten Ohr steckenden wohlgespitzten Bleistift. — A geht vorüber. —

Die Diskussion hat begonnen. Schwungvoll zeichnet Wismar eine scharfe Kurve links. Nieder mit der Volkspartei! Und ein Weißkopf mit Vogelnase pickt die gleiche Kurve mit Leidenschaft nochmals ab. Wenn du die Politik vergißt und nur dem Auge lebst, so hast du mehr von der Sitzung. Aber damit erfüllst du deine Pflicht nicht. Also, umstellen! Nicht die Form hast du zu genießen, sondern den Inhalt. Aber, Diskussion kommt, Diskussion geht. Noch ist das Blut nicht in Wallung.

Erst gegen Schluß wird es etwas lebhaft. Die Städte machen einen Vorstoß gegen den Einfluß des platten Landes. Aber Sturm im Wasserglas ist kein Sturm. Alles geht harmonisch und in bester Harmonie dem Ende entgegen, als der schöne Tag sich senkt, und der elektrische Lichtbogen aufsprüht. Nur die Pressevertreter, gesammelt und eifrig, wie erstklassige Akkordierte arbeiten mit unentwegtem Ernst und Eifer.

Schon wird ein unter überdeckender Camouflage ulkig ausschauendes Klavier hereingeschoben. Der Ernst wird für heute durch Fröhlichkeit abgelöst; er wird bis morgen vertagt. Hoffentlich wird es dann etwas lebhafter. So ein richtiger Zeitungsmann, der fühlt sich nicht wohl, wenn es allzu harmonisch abgeht. Die Feder will aufgeregt und zitternd über das Papier jagen; nur dann ist Zeitungsweiter.

*

sch. **Lübeck,** 2. Oktober.

Der Bezirksparteitag Mecklenburg-Lübeck wurde am Sonntag mittag 1 Uhr in dem festlich geschmückten großen Saale des Gewerkschaftshauses eröffnet. Zunächst trug der Chorverein drei Lieder: „Am Strom", „Sonntag ist's" und „Der Sturm" recht stimmungsvoll vor und erntete damit lebhaften Beifall. Darauf nahm Genosse P. Löwigt das Wort zu seiner Begrüßungsansprache. Er hieß die Delegierten herzlich willkommen und erinnerte daran, daß in früheren Jahren die Mecklenburger Genossen wegen den dort herrschenden politischen Zuständen gezwungen waren, ihren Parteitag in Lübeck abzuhalten. Lübeck hat die Gäste hier nicht nur gern gesehen, sondern hat auch nach Möglichkeit stets agitatorisch in Mecklenburg gewirkt. Auch Reichstagskandidaten hat Lübeck für Mecklenburg gestellt. Der Redner ging dann auf die Entwickelung der Parteiorganisation in Lübeck ein und erinnerte daran, daß Genosse Schwartz, der infolge seines hohen Alters heute nicht an der Tagung teilnehmen könne, an der Wiege der Bewegung gestanden und unermüdlich für die Partei tätig war. Heute hat die Partei in Lübeck mehr als 11 000 Mitglieder und besitzt in der Bürgerschaft die Mehrheit. Die Genossen in Lübeck würden alles daran setzen, trotz der riesigen Anstrengungen der Gegner, auch bei der bevorstehenden Neuwahl die Mehrheit zu erreichen. Möge der Parteitag einen guten und erfolgreichen Verlauf nehmen. (Beifall.)

Kröger-Rostock (Bezirksvorstand) betonte, daß die Mecklenburger Genossen mit den Lübeckern gern zusammengearbeitet hätten und hoffte, daß auch künftig das gute Verhältnis bestehen bleiben möge. Er dankte den Lübeckern für die stets gewährte Unterstützung und die freundliche Aufnahme und erklärte dann den Bezirksparteitag für eröffnet.

In das Bureau wurden gewählt als Vorsitzende: P. Löwigt

Lübeck und Kröger-Rostock. Als Schriftführer: Wolfradt-Lübeck, Bollow-Selmsdorf und Niemann-Parchim.

Beschlossen wird, die Jugendfrage mit auf die Tagesordnung zu setzen und bei Punkt 6 (Bildungsarbeit) zu verhandeln. Sodann wird eine Kommission von 5 Mitgliedern gebildet, welche die gestellten Anträge beraten soll. Ein Antrag Wolf-Schwerin zu den Punkten: „Die politisch Lage" und „Bericht der Landtagsfraktion" einen Korreferenten zu bestellen, wurde, nachdem Moltmann-Schwerin sich dagegen gewandt hatte, vorläufig zurückgestellt.

Den Geschäftsbericht gab Kröger-Rostock. Das letzte Jahr ist ein Jahr der angestrengtesten Arbeit, aber auch ein Jahr der besten Erfolge gewesen. Es sind 2771 Versammlungen abgehalten und rund 1¼ Millionen Flugblätter verbreitet worden. Die Ortsvereine haben sich um 118 vermehrt und die Mitgliederzahl ist bedeutend gestiegen. Er ging dann auf die politischen Verhältnisse in Mecklenburg näher ein. Die Unabhängigen sind fast verschwunden. Dagegen haben die Kommunisten sich etwas vermehrt und bei den Wahlen fast ausschließlich den Kampf gegen unsere Partei geführt, nicht gegen die Rechtsparteien. Etwas mehr Selbständigkeit der Genossen gegenüber den Kommunisten wäre oft nötig und zweckmäßig gewesen. In der Steuerfrage werde die Partei alles daran setzen, um den Besitz zu belasten. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfe man vor Neuwahlen zum Reichstag nicht zurückschrecken. Wir müßten aber stets zum Kampf gerüstet sein und die Organisation schlagkräftig halten, dann würde der Erfolg um so größer werden. Die danach trachten, ihren Einfluß zu erweitern; sie muß überall in die Körperschaften eindringen und ihre Macht ausüben suchen. Wir müssen hinein in ide Regierung unter Beachtung des in Görlitz beschlossenen Mindestprogramms. Den Klassenkampf wird die Partei nicht aufgeben, sondern nach wie vor führen. Die Leserzahl der Parteiblätter hat sich zwar etwas vermehrt, sie steht aber im Mißverhältnis zu der Stimmenzahl, welche die Partei zur Reichstagswahl erhalten hat. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Genosse Kröger besprach dann eingehend die Arbeiterwohlfahrtsbestrebungen. Ueberall in den Orten wo die Genossen sich an dieser Arbeit beteiligt haben, ist ein guter Erfolg zu verzeichnen. Das Bildungswesen muß angesichts des bestehenden Bildungshungers in den Massen weiter ausgebaut werden. Die ziemlich hohen Kosten kann die Bezirkskasse aber leider nicht allein tragen. Des weiteren besprach Kröger die Amtsvertreter- und Gemeinderatswahlen in Mecklenburg. Auch hier zeige sich, wie notwendig es sei, daß die Partei überall ihren Einfluß geltend machen müsse. Die Demonstrationen der Arbeiterschaft, die aus Anlaß der Ermordung Erzbergers gegen die Reaktion und für die Republik stattfanden, haben überall einen großartigen Verlauf genommen. In Mecklenburg habe man eine gemeinsame Demonstration mit den Kommunisten abgelehnt, weil sie nicht für die Republik eintreten wollten. Zum Schluß verwies der Redner auf die kommenden Aufgaben der Partei und auf die uns bevorstehenden Wahlen. Jeder müsse auf dem Posten sein, dann würden weitere Erfolge nicht ausbleiben. Die Lübecker Genossen würden zweifellos alles daran setzen, um bei der Bürgerschaftswahl wieder die Mehrheit zu erringen (Beifall.)

Den Kassenbericht gab Brehmer-Rostock. Er erläuterte den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse haben sich zwar etwas gebessert, doch bittet Genosse Brehmer, daß alle Anträge, die eine Mehrbelastung der Bezirkskasse vorsehen, abgelehnt werden

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt. daß 114 Delegierte, darunter 3 weibliche, anwesend sind. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Bericht der Presse: Blunk-Rostock, der den Bericht für die „Mecklenburgische Volkszeitung" gab, konnte mitteilen, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr Erfolge wie in keinem Jahre zuvor erzielt worden seien. — Haller-Schwerin berichtete über „Das freie Wort" in Schwerin. Er bedauerte, daß sie noch keine eigene Druckerei besitzen. Im allgemeinen ist aber auch dort ein Fortschritt zu verzeichnen. Die weitere Verbreitung der Presse müsse die Hauptaufgabe der Genossen sein. — Steinberg-Lübeck konnte in seinem Bericht über den „Volksboten" u. a. darauf hinweisen, daß das Blatt von 6 auf 8 Seiten erweitert und eine Jugend- und Frauenbeilage eingeführt werden konnte. Das Geschäft steht auf gesunder Grundlage und entwickelt sich immer mehr.

Die Aussprache eröffnete Schwanke-Wismar. Er verwies auf die in vielen Orten Mecklenburgs bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und forderte den Bezirksvorstand auf, sich eingehend mit diesen Wahlen zu beschäftigen und diese Orte weitgehend, eventuell durch Herausgabe eines einheitlichen Flugblattes, zu unterstützen. — Krüger-Rostock: Die Presse muß weiter ausgebaut werden; sie ist unser wichtigstes Agitationsmittel, das überall in den Kreisen der Arbeiterschaft Eingang finden muß. — Wolf-Schwerin: Der Hauptfeind steht rechts. Ich hätte daher gern gesehen, daß Kröger nicht so scharf gegen links vorgegangen wäre. Die Kommunisten haben zwar große Fehler gemacht, aber auch wir sind nicht fehlerfrei. Die Reaktion kann nicht mit Hilfe der Volkspartei besiegt werden, sondern nur gemeinsam mit den links von uns stehenden Parteien. Nicht nur die Unabhängigen, sondern auch die Kommunisten kommen allmählich zu einer besseren Einsicht und sind nicht mehr ganz so radikal wie früher. — Möller-Goldberg erklärt, daß die Kommunisten dort die Auslosung des Spitzenkandidaten bei einer gemeinsamen Liste mit unserer Partei und der KPD. zur Stadtverodnetenwahl verlangt haben, da unsere Partei aber weit stärker als die KPD. sei, so könne man sich auf diesen Vorschlag und die ebenfalls verlangte Gleichberechtigung nicht einlassen. — Weitendorf-Retterlich beschäftigt sich mit den Gemeindewahlen in Mecklenburg und wünscht, daß die Genossen hier eifriger als bisher mitarbeiten. — Mahnke-Bützow tritt für vermehrte Agitation auf dem Lande ein. Die Deutsche Volkspartei ist unser stärkster Gegner, sie bekämpft uns überall, daher sollten wir vornehmlich Anschluß nach links suchen. — Lüttich-Gielow: Es sollten Gemeindetage abgehalten werden, auf denen die ländlichen Genossen sich über die wichtigsten Gemeindefragen aussprechen können. Mit den Kommunisten kann man nur zusammengehen, wenn sie bereit sind, die Verantwortung mit zu tragen. — Gorsenik-Kessin wünschte, daß der Bezirksvorstand die Ortsvorsitzenden besser über die wichtigsten politischen Fragen informiert, damit sie die Mitglieder in den Versammlungen belehren und fesseln können. — Schmidt-Herrnburg tritt besonders dafür ein, daß in der Partei der Idealismus mehr in den Vordergrund gestellt wird, dann werden wir mehr Erfolge erzielen. — Wehmer-Plate: Die ländlichen Genossen sollen sich nicht zu sehr auf die städtischen Genossen in der Agitation versteifen, sondern selbst Hand ans Werk legen. Sie sollten sich auch für die Posten in den Gemeindevertretungen zur Verfügung stellen. Wenn das geschieht, werden die Gemeindewahlen gut für uns ausfallen. (Beifall.) — Wittfoht-Alt-Bukow spricht sich für vermehrte Aufklärung der Jugend aus. — Wulf-Jördensdorf wünscht, daß die Lehrer auf dem Lande der Partei sich mehr als bisher zur Verfügung stellen und nicht gegen sie arbeiten. Die Arbeiterschaft auf dem Lande bedarf der größten Aufklärung. — Heitmann-Dassow: Wir selbst müssen auf dem Lande die Agitation betreiben. Ein Redner aus der Stadt wird oftmals nicht richtig verstanden.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. In seinem Schlußwort ging Genosse Kröger auf einzelne Einwendungen näher ein. Die Kommunisten haben bei der letzten Wahl rund 15 000 Stimmen erhalten gegenüber 137 000 Stimmen, die unsere Partei erhielt. Da kann man ihnen doch nicht die gleichen Rechte einräumen. Es kann nur eins geben: reine Parteilisten bei allen Wahlen aufzustellen. Ein Flugblatt zu den Stadtverordnetenwahlen wird der Bezirksvorstand herausgeben. Im übrigen müssen die Parteigenossen an ihrer Weiterbildung selbst arbeiten und sich nicht zu sehr auf die Hilfe des Bezirksvorstandes verlassen. Einen Nürnberger Trichter haben wir nicht. Wenn in bezug auf Referenten für die ländlichen Orte Klagen geführt wurden, so muß ich erklären, daß wir Mangel an Referenten haben. Was in bezug auf Referentenstellung getan werden kann, wird geschehen. Die Agitation darf aber nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren getrieben werden.

Der Antrag Bützow, der vermehrte Agitation auf dem Lande wünscht, wird angenommen. Der Antrag Ribnitz, wonach führende Genossen zu Vortragsturnees in die schwärzesten Gegenden gesandt werden sollen, wird dem Bezirksvorstand überwiesen. Der Antrag Schwerin auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Agrarfragen und zur Schaffung eines Agrarprogramms wird angenommen.

Den Bericht der Kommission, welche die Anträge und den Entwurf des Organisationsstatuts durchberaten hat, gibt Bartosch-Neustrelitz. Eine längere Aussprache entspinnt sich über § 11 des Organisationsstatuts, der die Vertretung der Ortsvereine auf dem Parteitag regelt. Die vorgeschlagene Fassung wird mit der von der Kommission vorgeschlagenen Aenderung angenommen. Demnach wählen Ortsvereine bis 300 Mitglieder einen Delegierten und auf jede weiteren 300 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Im übrigen wird der Entwurf bis Punkt 15 mit wenigen Aenderungen angenommen.

Gegen 6½ Uhr abends wird die Sitzung abgebrochen und auf Montag morgen 8 Uhr vertagt.

Theater und Musik.

„Das Rheingold" von Richard Wagner. Vor Jahr und Tag war einmal ein hochgelahrter Professor in Danzig oder Königsberg auf den verflucht gescheiten Gedanken verfallen, „Das Rheingold" als besonders „gemeingefährlich" zu brandmarken. Nach seiner Meinung sollte es „nicht unwesentlich zum Anwachsen der roten Flut beigetragen" haben; denn „wie grün die Flut, der Rhein, sich auch gebärdet, sie ist rot" und bedeutet „alles gehört allen!" Man hat damals den kühnen Versuch dieses gelehrten Hauses, aus Wagners „Rheingold" eine revolutionäre Fanfare zu machen, viel belächelt, zumal man sich erinnerte, daß auch Bernard Shaw, der bekannte englisch-irische Dichter und arge Spötter in seinem ebenso amüsanten, wie paradoxen „Wagnerbrevier" nach seiner krausen Art den „Ring des Nibelungen" mit dem Kapitalismus in ursächlichem Zusammenhang zu bringen versucht. Aber die gelehrte Schrulle war so abwegig nicht. Denn darüber besteht nirgends ein Zweifel, daß das dreiteilige Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen", zu dem „Das Rheingold" den Vorabend bildet, in Musik gesetzte Weltanschauung ist, und daß Wagner, der 1848 der Revolution so nahe gestanden ist, daß er landflüchtig werden mußte, um nicht in einer Zelle des Waldheimer Zuchthauses für lange Jahre sein Leben zu vertrauern, im „Ring" und ganz besonders im „Rheingold" die Gedanken zu manifestieren versucht hat, die er als Kämpfer für eine antikapitalistische Wirtschaftsordnung propagierte. Vier Szenen nur umfaßt „Rheingold". Sie bilden das Vorspiel zum „Ring" und schildern, wie die Nibelungen aus dem von Alberich geraubten Rheingold den Ring schmieden, der seinem Besitzer maßlose Macht verleiht. Aber keiner wird seines Besitzes froh werden. Jeder ist vielmehr dem Tode verfallen, der den Ring trägt. Man gab die vier Szenen ganz nach Wagners Vorschrift pausenlos hintereinander. Im großen und ganzen bot die Vorstellung unter Berücksichtigung der Leistungskraft unserer Bühne viel Erfreuliches. In erster Linie ist Josef Liszewski als Alberich zu nennen. Er gab den Nibelungen äußerst wirkungsvoll. Die Verfluchung des Ringes wirkte wahrhaft erschütternd. Ein verhältnismäßig guter Wotan war Michael Dietz. Sein Bariton wirkte erfrischend. In die Rolle selbst wird er erst noch hineinwachsen müssen. Loge wird für einen Anfänger immer äußerst schwierig zu gestalten sein. Dieser Dämon, der das züngelnde Weltverderben verkörpert, verlangt von dem Darsteller eine gewisse geistige Ueberlegenheit, die man natürlich bei einem blutjungen Anfänger vergeblich sucht. Es kann jedoch Ferdinand List das Zeugnis nicht vorenthalten werden, daß er sich redlich bemühte, bewährte Vorbilder getreulich zu kopieren, und daß dieser sein Versuch gar nicht so übel ausgefallen ist. Es war ein recht vielversprechender Versuch. Eine ebenso bild- wie tonschöne Fricka war Luise Sennhen-Petersen. Die beiden Riesen hatten in Josef Immendorf (Fafner) und Hans Schubert (Fasold) wuchtige Vertreter. Hermann Schöttge war ein kräftig wirkender Mime. Den Hammer Donners schwang Moritz Hartmann, während Kurt Heimburg als Froh eine gute Figur machte. Die ewig-junge Freia wurde von Luise Friedjoff mit guter Wirkung verkörpert. Als Erda half Margarete Bergau vom Schweriner Theater in bester Weise aus, wie sie auch bei den Rheintöchtern die Floßhilde sang, während Annemarie Gander (Woglinde) und Maria Gaffron (Wellgunde) recht ansprechend das Terzett vervollständigten. Das szenische Bild wirkte gut: Herr Direktor von Bongardt, der selbst dafür verantwortlich zeichnete, hatte einen ungemein ansprechenden Rahmen geschaffen. Das Orchester befehligte Karl Manstaedt, der mit großem Verständnis die Siegel von der Magnerschen Partitur löste. Das Publikum nahm Wagners Musikdrama mit starkem Beifall auf. -o-

Lübecker Opferwoche

vom 1.—10. Oktober 1921

zur Linderung winterlicher Not.

Der Winter steht vor der Tür. Er wird die Not, unter der schon jetzt so viele schwer zu leiden haben, noch vergrößern und härter machen, zumal die Preise für alle Lebensbedürfnisse weiter steigen. So sehen auch in unserer Stadt viele Volksgenossen diesem Winter mit Sorgen und Grauen entgegen, weil sie nicht wissen, wie sie sich in den kommenden Monaten schützen sollen gegen Hunger und Kälte. Staatliche Hilfe wird nicht ausreichen, diese Not zu beseitigen, denn unser Staat ist arm geworden. Darum müssen wir alle helfen und dazu beitragen, die bitterste Not möglichst zu mildern.

Von diesem Gedanken erfüllt, haben die Unterzeichneten sich zusammengetan, um eine

Sammlung zur Linderung winterlicher Not

in unserer Stadt in die Wege zu leiten. Die Tage vom 1.—10. Oktober sind als

Lübecker Opferwoche

ins Auge gefaßt.

Jeder, dem die große Not seines Nächsten nicht gänzlich gleichgültig ist, wird sicher bereit sein, dieses so notwendige Liebeswerk tatkräftig zu unterstützen. In der Wohltätigkeit und in der Nächstenliebe gibt es keine Parteirichtungen. Alle sollen helfen nach ihrem Können!

Geldspenden nehmen alle Banken entgegen auf Konto „Lübecker Opferwoche". Gaben in Kleidung, Lebensmitteln, Feurung werden erbeten an die Geschäftsstelle der Opferwoche, Königstr. 19, Fernr. 8744.

Frau Dr. Adler. Frau Ida Ahrens. Kaufmann Heinr. Ambrosius. Frl. Elise Bartels. Frau Elisabeth Bierkamp. Kaufmann Johs Boye. Senator Bromme. Kaplan Bültel. Fabrikant Claaßen. Kaufmann Ludw. Cantzler. Hauptpastor Denker. Wortführer der Bürgerschaft Gustav Ehlers. Senior Dr. Evers. Frau Senator Ewers, Travemünde. Baurat Dr. Fischer. Kanzleiassistent Robert Fischer. Frau Alfons Frank. Werkmeister Ernst Gorning. Frau Dr. Görtz. Gewerkschaftsführer W. Grimm. Gewerkschaftsführer Aug. Haut. Senator Hoff. Handlungsangestellter Heinr. John. Frau Dir. Kahle. Senator Dr. Kalkbrenner. Kaufmann Richard Kersten. Frau Olga Koch. Direktor Dr. Lassen. Bureauassistent Johs. Lehmitz, Travemünde. Frau von Lühmann. Chefredakteur Oskar Mantau. Frau Regina Mecklenburg. Hauptpastor Mildenstein. Frau Dir. Dr. Möbusz. Beeid. Bücherrevisor Heinr. Möller. Bürgermeister Dr. Neumann. Generaldirektor Dr. Neumarck. Räuchereibesitzer Heinr. Niemann. Schlutup. Kaufmann Christian Pagels. Frau Dr. Clara Prieß. Bankdirektor Reimers. Rektor Johs. Reimpell. Frl. Mathilde Reimpell. Zahnarzt Rothschild. Lehrer Ernst Schermer. Gewerkschaftsführer Ed. Schwertfeger. Direktor Spannhake. Kaufmann Heinr. Spille. Frau Senator Strack. Frau Auguste Titel. Frau Maria Zimmermann. 7216

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Vermählung danken herzlich 7227
Wilh. Ueckermann u. Frau
Maria geb. Buhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltg. Lübeck.
(7230
Nachruf!
Am Freitag, dem 30. Septbr., starb unser langjähriger Kollege, der Speditionsarbeiter
Carl Meier.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 5. Oktober, nachmitt. 1¾ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Sammelpunkt der Kollegen daselbst 1½ Uhr.
Die Ortsverwaltung.

5—6 Böttcher
gesucht. (7219
Johs. Holst, Karpfenstraße 30 a.
Telephon 1729.

Kinderloses Ehepaar sucht sofort oder später abgeschlossene 2- od. 3-Zimmer-Wohnung bis 1500 M. Miete, evt. Tausch geg. 2 Z. u. Küche. Lessingstr. Ang. u. L 9. (7224

Wer tauscht Drei-Zimmer-Wohn. in Rensefeld u Umg. Off. u. K L. a. d. Exp. (7217

1 P. leichte lange Stiefel z. verk. Schützenstr. 29. p. (7226

Gaskrone, Garm., Mess., zu verk. Buiekiststr. 24. (7218

Gebr. Küchenherd z. kaufen gesucht. **Nevermann,** Sedanstraße 2, I. 7218

Damen-Mantel gesucht. Ang. u. Z 1 a. d Exp. (7221

Verloren am Sonntag mittag 12—1 Uhr ein gestr. Jackett. m. Lohntüte u. mehr. Geldsch., Brille, Fahrrch. geg. 100 M. Bel. abzug. **J. Koglin,** Vorwerker Wiesen b. Schwönekenquerstr. 20. (7229

Alle Pächter der Ländereien von **E. F. Wallbrecht Erben** werden zu einer Besprechung d. Pachtpreise a. Dienstag, d. 4. Okt., abds. 6 U. a. d. Moltkeplatz eingeladen. (7222
Die Kommission.

Feule
von 3 M. an. (7231
Leuwagen,
sowie sämtliche Bürstenwaren.
Ferd. Kayser.

„Meine Frau war über 50 Jahre m. einer häßlichen
Flechte
behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinal-Seife wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. E. W." Dazu Zuckooh-Creme (nichtfettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.
(7211

Schöne billige Winteräpfel und Birnen.
Verkauf von 5 Pfund an von 8—6 Uhr bei der Holstenbrücke. (7238

Höchste Preise!
zahlt für
Lumpen, Papier, Knochen, altes Eisen, Metalle, Flaschen 7236
Törper, Schwart. Allee 26.

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (7210
Cohn,
Fackenburg. Allee 53, Keller.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Privatdrucksachen
gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.
Glückwunschkarten
Hochzeitseinladungen
Verlobungsanzeigen
Danksagungen
Visites
fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an
Lübecker Volksbote
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.
Geschäftszeit von 8—6 Uhr.

Schwarz-rot-goldene
Schleifen und Fahnen
aller Art liefert zu Fabrikpreisen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Einen neuen Betriebszweig

eröffnen wir **am Donnerstag, dem 6. Oktober** mit unserer vorzüglich eingerichteten

Schlachterei und Wurstfabrik

Große Burgstraße 55.

Wir werden bestrebt sein, unsern Mitgliedern nur bestes Fleisch, die Wurstwaren in einwandfreier Herstellung zu billigsten Preisen zu liefern.

Neben frischem Fleisch werden wir auch **Gefrierfleisch** führen.

Wirklich gutes Gefrierfleisch, richtig behandelt, kommt dem frischen Fleisch gleich und ist im Preise wesentlich

billiger.

In unseren übrigen Warenabgabestellen werden wir nur noch die in unserm Eigenbetrieb hergestellten Wurstwaren führen.

Mitglieder! Stärkt euer neues Unternehmen, deckt euern Bedarf an Fleisch- und Wurstwaaren nur im Konsumverein. (7228

In der Eigenproduktion liegt die Zukunft!

Das Interesse

für blanke Stiefel haben alle. Zu erzielen sind solche leicht und schnell nur mit **Lavalin** der reinen Terpenölcreme wie 1914.

Ueberall zu haben
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Bickingen.

Vertreter: Emil Scheel, Lübeck,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (7212

Heute prima frische

Dorsch Pfd. 1.50

Johannes Willhöft. 7242
Tel. 8238. Holstenstraße 21.

NEU! NEU!

Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von **Wilhelm Keil.**
Preis Mk. 2.50.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Keine Preiserhöhung (7235
für Schuhbesohlung und Reparatur
bei Schuh-Buchholtz

Schwartauer Allee 4. Große Burgstraße 36.

Durch große rechtzeitige Ledereinkäufe und anderer Materialien bin ich in der Lage, auch noch ferner zu den bisherigen bekannt billigen Preisen zu arbeiten! Lassen Sie sich in ihrem eigenen Interesse in meinen Geschäften bei Bedarf die Preise sagen!

Aufruf!

Zur Unterstützung des vom Reiche eingeleiteten Hilfswerkes für die Opfer des Oppauer Unglücks hat sich hierselbst ein Ortsausschuß gebildet, der hierdurch an alle Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land mit der Aufforderung herantritt, nach Kräften dazu beizusteuern, daß die durch das furchtbare Unglück über so viele Familien hereingebrochene Not nach Möglichkeit gemildert werde. Der Ausschuß vertraut, daß, wie so oft schon, Lübeck auch jetzt wieder zur Hilfe bereit sein wird, wo sie so bitter not tut!

Spenden nehmen sämtliche hiesige Banken unter dem Konto „Hilfe für Oppau" entgegen.

Lübeck, den 1. Oktober 1921.

Bürgermeister **Dr. Neumann**; Senator **Dimpker**; Senator **Mehrlein**; Senator **Brumme**; **Gustav Eulers**, Wortführer der Bürgerschaft; **Ernst Bole**, Wortführer des Bürgerausschusses und Präses der Handelskammer; **Heinrich Thiel**, Vorsitzender der Gewerbekammer; Oekonomierat **Lauenstein**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer; **Alfred Dreger, Thies**, für den Ortsausschuß Lübeck des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Senator **Friedrich Ewers**, Vorsitzender des Lübecker Industrievereins; **Alfred Dreger** für die Betriebsrätezentrale; Generaldirektor **Dr. Neumark; Ernst Schermer**, Vorsitzender des Lübecker Beamtenbundes; Hauptschriftleiter **Stavenhagen**; Hauptschriftleiter **Dr. Leber**; Hauptschriftleiter **Thiele**; Hauptschriftleiter **Mantau**; **Reichsbankstelle Lübeck; Commerzbank in Lübeck; Lübecker Privatbank; Commerz- und Privatbank A.-G.; Disconto-Gesellschaft; Bankhaus Klemstadt; Bank für Handel und Gewerbe; Dresdner Bank; Nationalbank für Deutschland; Kreditbank Lübeck; Spar- und Anleihekasse; Vorschuß- und Sparvereinsbank; Girozentrale Lübeck.**

Zentralhallen
Morgen Dienstag: (7238
Gr. Tanzkränzchen.

Lübecker Opferwoche.

Plattdeutscher Abend
im Kolosseum.

Montag, den 3. Oktober, abds. 7½ Uhr,

Vortragsfolge u. a.: (7240
Ansprache . . . . . Pastor Mildenstein.
Vorlesungen Boßdorffscher Dichtungen.
Volkstänze, Aufführ. „Dat Schattenspeel" v. H. Boßdorf.

Karten sind noch an der Abendkasse zu haben.

Lübecker Opferwoche.

Abt. Handarbeitsausstellung.

Täglich außer Sonntags geöffnet von 10—1 Uhr und 3—6 Uhr.

Eintritt frei. (7215

Neues Volksliederbuch
mit Anleitung zur Lautenbegleitung.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Aepfel 7282
ab Waggon billig!
Morgen Dienstag von 9 Uhr an ab Hüxtertor gegenüber Pelzerstr. à ℔ v. 1.40 M. an.

Verein der Ost- und Westpr.
Außerord. Generalversammlung am Mittw., d. 5. Okt., abds. 8 Uhr, im Turnerheim, A. d. Mauer.
7234

2. Distrikt.

Mittwoch, den 5. Oktober abends 8 Uhr
Distriktsversammlung
der tätigen Genossen
bei **H. Lexau, Fünfhausen**
Thema:
Die Bürgerschaftswahlen.
Referent: Genosse **Wald.**

Vollzähliges Erscheinen ist dringend erforderlich.

Emil Rose,
7236) Distriktsführer.

FREI HEIL

Zusammenturnen

der Männer-, Jugend- und Frauen-Abteilungen, sowie der umliegenden Vereine am

Mittwoch, 5. Oktbr.,
in der Hauptturnhalle von 8—10 Uhr. 7225
Der Bezirksturnwart.

HANSA-THEATER

Heute Montag 7½ Uhr:

Die Kinokönigin.

Operette in 3 Akten von Gilbert. 7220

Morgen Dienstag:
1. Vorst. im Dienstag-Ab.
Die Kinokönigin.

Stadttheater Lübeck.
Montag, 3. Okt. 7.30 Uhr.
5. Volkstümlich. Konzert im Stadttheater.
Dienstag, 4. Okt. 7.30 Uhr.
Das Rheingold. (7214
Mittwoch, 5. Oktbr. 7 Uhr.
Die Braut von Messina.
8. Ab.Vorst. Buchst. D.